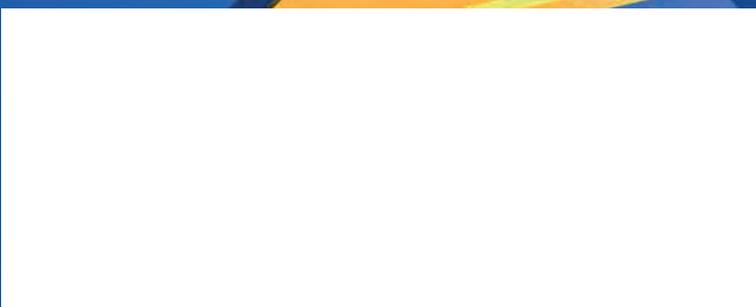


souverän

**Europa muss
noch stärker werden!**

**Am 25. Mai
wählen gehen!**



Lesen was gesund macht.

Weitere Themen:

- ▶ **Hyperhydrose:** Was Ihnen bei übermäßigem Schwitzen hilft
- ▶ **Nachtblindheit:** Worauf bei der Sehstörung zu achten ist
- ▶ **Parkinson:** Alles über die Ursachen und neue Therapien
- ▶ **Rolfing:** Wie die Bindegewebsmassage Schmerzen lindert
- ▶ **Hautpflege:** Welche Kosmetikprodukte unverzichtbar sind

Alle 14 Tage NEU
in Ihrer Apotheke.



www.apotheken-umschau.de

*Ich habe mich für die CDU entschieden und hoffe,
dass sie auch für mich und meine
Freunde...*



häufig und gern blättere ich in Büchern, die mich daran erinnern, was einmal war, was ich mit eigenen Augen gesehen, miterlebt und mitempfunden habe. Eine mehr als 60 Jahre währende Mitgliedschaft in der Union weckt weitere Erinnerungen an eine Zeit, die man nicht einfach vergessen darf, wenn Erfahrungen der Vergangenheit zur Verantwortung und zum Engagement aufrufen. Heute noch habe ich die ersten Wahlplakate der Union vor Augen, die vor einer weiten und leeren Trümmerlandschaft in Dortmund an Mauerresten und an Laternenmasten befestigt waren und zu ersten freien Wahlen nach dem Krieg aufriefen. Überall in Deutschland sah man die gleichen Bilder. Hungernde, ausgebombte, heimatlose Menschen in zerrissener Kleidung, Alte wie Junge und Kinder, irrten an den Plakaten vorüber, die zaghaft Keime von Hoffnung versprachen auf baldige Hilfe in einem Umfeld, in dem Ausweglosigkeit die Zukunft verdüsterte. Die Jugendlichen und Kinder dieser Jahre gehören heute zu den Älteren in unserer Gesellschaft, die aus eigener Erfahrung darüber berichten können, was Armut und Verlassenheit, Heimatlosigkeit und Hunger bedeuteten. Die Älteren von heute sind auch jene früheren Kinder und Jugendlichen, die ohne Väter aufwuchsen, die Tiefflieger, Bomben, brennende Häuser und Trecks über vereiste Straßen überlebt haben und denen eine Banane, Orange, ein Stück Torte Fremdworte waren, die sich hingegen glücklich schätzen, ein Stück Brot oder gar einen Apfel in der Hand zu haben, in einem warmen Zimmer sitzen zu können und ein Dach über dem Kopf zu haben. Das war die Realität, vor der die Älteren von heute in ihrer Jugend standen. Solche Erlebnisse schaffen Nüchternheit und mahnen zu Vorsicht. Sie schaffen aber noch mehr, sie wecken Verantwortung für eine Politik, die solches Geschehen für die Zukunft ein für alle Mal verhindert und die Götzenbilder der rechten und linken Ideologie und alle ihrer Wahlverwandtschaften, die eine Atmosphäre allgemeinen Misstrauens schaffen, rechtzeitig und wirksam bekämpft. Trotz eines an Trümmern und Trostlosigkeit nicht zu überbietenden Umfeldes haben sich die Menschen der Kriegs- und Nachkriegszeit weder von Jammern noch von Verzweiflung, ebenso wenig von Pessimismus und Verzagtheit bei der anstehenden Tagesarbeit leiten lassen. Sie haben einfach angepackt, neu begonnen und sich vor allem Mut gemacht, um dem Elend, das eine menschenverachtende Ideologie über Deutschland und Europa gebracht hatte, zu entkommen. So dauerte es nicht lange, bis die Plakate der CDU, die Arbeit und Brot, ein neues Zuhause und Frieden in Freiheit versprachen, mit Forderungen nach einem vereinten Europa ergänzt wurden. Das vereinte Europa sollte der Schlüssel sein für eine Völkergemeinschaft, die den Nationalismus mit allen seinen schrecklichen Folgen in die endgültige Verbannung schickte. Diese Politik einte alle Mitglieder der CDU. Ihre Visionen wurden in einer außergewöhnlichen Erfolgsgeschichte Wirklichkeit.

Die Deutschen wurden sich mehr und mehr bewusst, dass ihr Land nur eine Chance hatte, in den Kreis der freien Völker Europas zurückzukehren im Verbund mit den Nachbarn. Die Europapolitik der CDU unter Konrad Adenauer über Helmut Kohl bis Angela Merkel führte zu einem kaum für möglich gehaltenen Aufstieg unseres Landes und schließlich zu seiner Wiedervereinigung in Freiheit, was einem Wunder gleichkommt vor dem Hintergrund der erlittenen Katastrophe des 2. Weltkrieges. Wer denkt angesichts dieser Realität noch an die Realität der Hungerjahre und daran, in welcher Weise gerade die europäische Einheit zum „deutschen Wirtschaftswunder“ beigetragen hat. Manche Zeitgenossen sollten sich schämen, wenn sie bühnenreifes Jammern auf hohem Niveau betreiben und dabei vergessen, wie viel Kraft diejenigen in schwierigster Lage aufbringen mussten, die weit weniger ihr Eigen nannten, die aber den Wohlstand der nachgeborenen Jammerer erst möglich machten.

Natürlich ist so mancher Ärger vieler Menschen verständlich, wenn ihnen der europäische Amtsschimmel zu laut wiehert und ausschlägt. Doch um das zu ändern, darf nicht sogleich die europäische Idee aufs Spiel gesetzt werden. Neuerdings rauft man sich die Haare angesichts des Gebots einer wehrhaften Demokratie, wenn nach Aufhebung der 3 %-Sperrklausel jede radikale Minderheit linker und rechter Frondeure ihre Chance nutzen kann, gegen Europa Stimmung zu machen. Kein Land in der europäischen Gemeinschaft hat aus der europäischen Einigung, der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, so viel Nutzen gezogen wie Deutschland. Sind wir eigentlich von allen guten Geistern verlassen, wenn wir es kampfflos zulassen, dass verantwortungslose, populistische Zeitgenossen, Nörgler und Stänkerer alles Erreichte für unser Land mit einer rückwärts gewandten antieuropäischen Kraftmeierei und in Krämergeistmanier wieder zerstören? Wer die Grundlagen gemeinsamer europäischer Wirtschafts- und Finanzpolitik aus den Angeln heben will, muss wissen, dass er damit nicht nur die Stabilität unserer Währung, sondern auch die unserer Wirtschaft aufs Spiel setzt und nicht zuletzt sein persönliches Konto im höchsten Maße gefährdet. Europa bleibt nun einmal der Erdteil, der symbolisch mit der Akropolis und dem Kapitol und vor allem mit Golgatha und mit der Aufklärung untrennbar verbunden ist. Im Europawahlkampf sollte man es nicht vergessen!

*Mit freundlichen Grüßen
Otto Wulff*

Prof. Dr. Otto Wulff

Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands



6



24



36

Titelthema: Europawahl

Rentenlasten und flexibler Renteneintritt

Was hilft gegen chronische Schmerzen?

6 Europa vor 100 Jahren und heute

8 Europa ist und bleibt ein faszinierendes Projekt

Interview mit dem designierten Spitzenkandidaten der CDU für die Europawahl, David McAllister

10 Das Europäische Parlament: Zahlen, Daten, Fakten

12 Permanente Baustelle

Prof. Dr. Ulrich Brückner zum Stand der europäischen Integration

14 Die Schranken der eigenen Macht beachten

Wie organisiert man Demokratie am besten? Ein Beitrag von Prof. Dr. Rudolf Steinberg

16 Besser steuern als bislang ...

Interview zum Thema Zuwanderung mit dem neuen Bundesinnenminister Thomas de Maiziere

20 Der Westen und der Rest der Welt

Ein Plädoyer für einen Abschied vom westlichen Universalismus von Prof. Dr. Volker Steinkamp

24 Die Rente ist kein Geschenk der Jüngeren

Tageszeitungsredakteur Reinhold Michels über die Sorgen jüngerer Leute, die Rentenlasten bald nicht mehr tragen zu können

25 Flexibel in den Ruhestand ...?

Eine Studie des Berlin-Instituts beleuchtet, wie sich die Erwerbstätigkeit unter älteren Menschen erhöhen lässt

26 Zwei Wege – ein Ziel

Dr. Heinz-Dieter Mundorf zu einem Pilotprojekt zur Förderung nachberuflicher Tätigkeiten

30 Aus der Senioren-Union

32 Gedenksteine für das Friedenszentrum Oswiecim

Meldungen und Berichte aus der Europäischen Senioren Union (ESU)

34 Das Gegenteil ist anzunehmen

Über Senioren als vermeintliche Problemgruppe im Straßenverkehr ...

36 Hilft eine interdisziplinäre Therapie?

Prof. Dr. Michael Pflingsten zur Bekämpfung chronischer Schmerzen

38 Leserbrief

39 Buchtipps, Initiativen

Prof. Dr. Otto Wulff im Europawahlkampf



Von Flensburg bis Freiburg ist er im Europawahlkampf unterwegs, der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff. Bislang umfasst die Terminliste Auftritte in Schleswig-Holstein (2), Mecklenburg-Vorpommern (1), Niedersachsen (4), Nordrhein-Westfalen (4), Sachsen-Anhalt (1), Rheinland-Pfalz (1) und Baden-Württemberg (2). Die genauen Daten und weitere Informationen zum Rednereinsatz von Prof. Wulff können in der Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union (030-22070-445), E-Mail: seniorenunion@cdu.de, abgerufen werden.

Impressum

Herausgeber
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 30 · 52153 Monschau
Geschäftsführer: Georg Weiss
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt

Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:

71000 Exemplare über personalisierten Posteinzelvertrieb, davon 58000 an Senioren-Union-Mitglieder und 12800 an CDU-Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:

Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Wolfgang Börnsen, Prof. Dr. Ulrich Brückner, Reinhold Michels, Prof. Dr. Michael Pflingsten, Prof. Dr. Rudolf Steinberg, Prof. Dr. Volker Steinkamp, Prof. Dr. Otto Wulff, Dr. Heinz-Dieter Mundorf, Ulrich Winz

Bildnachweis:

Bundesarchiv Koblenz,
fotolia, Janusz Marszałek,
CDU Niedersachsen

Titelfoto: fotolia

Gesund und fit – auch im Alter

Weitere Themen:

- ▶ **Wirbel unter Druck:** Warum die Bruchgefahr bei Osteoporose erhöht ist
- ▶ **Schlaganfall:** Wie Betroffene Schritt für Schritt ins Leben zurückfinden
- ▶ **Medizin mit Herz:** Was den Klinikaufenthalt angenehmer macht
- ▶ **Schönes Dekolleté:** Kosmetik-Experten geben Ihnen Pflege-Tipps
- ▶ **Wassergymnastik:** Wie Sie mit sieben Übungen Ihre Fitness steigern

Jeden Monat neu
in Ihrer Apotheke.



www.senioren-ratgeber.de



VOR 100 JAHREN

Vor hundert Jahren, im August 1914, begann auf europäischem Boden ein entsetzliches Gemetzel. Insgesamt 40 Staaten beteiligten sich am bis dahin umfassendsten Krieg der Geschichte, annähernd 70 Millionen Menschen standen unter Waffen, 17 Millionen davon gingen in den Materialschlachten im Stellungs- und Grabenkrieg oder auch auf See elendig zugrunde. Eine ewige Mahnung bis zum heutigen Tag.

EUR



HEUTE

Europa heute – ein freiwilliges Miteinander von derzeit 28 Mitgliedstaaten mit über einer halben Milliarde Einwohnern. Der Europäische Binnenmarkt ist – gemessen am Bruttosozialprodukt – der größte gemeinsame Markt der Welt. Seit dem Vertrag von Lissabon besitzt die EU auch eine eigene Rechtspersönlichkeit und ein Rederecht bei den Vereinten Nationen. Für den langjährigen Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher ist Europa „eine Art Zukunftswerkstatt für eine neue Weltordnung“. Er sagt: „Die europäischen Länder haben aus der blutigen Vergangenheit gelernt.

**Wir streiten heute in Europa über Inhalte,
das Freund-Feind-Schema ist verschwunden.“**

OPPA



„Europa ist und bleibt ein faszinierendes Projekt“



Niedersachsens Ex-Ministerpräsident David McAllister, Sohn einer Deutschen und eines Briten, will für die CDU in Brüssel europapolitische Akzente setzen. Souverän sprach mit ihm über diese neue Herausforderung.

Souverän: Herr McAllister, Sie sind vom Bundesvorstand der CDU als Spitzenkandidat für die Europawahl nominiert. Vorbehaltlich der Zustimmung des CDU-Bundesparteitages am 5. April wird es Sie also im Sommer nach Brüssel ziehen. Fällt der Abschied von der Landespolitik eigentlich schwer?

McAllister: Ich bin ein überzeugter Europäer. Die europäische Einigung ist und bleibt ein faszinierendes Projekt. Deutschland wird auf Dauer nur in einem starken Europa erfolgreich sein. Daher möchte ich die Zukunft Europas aktiv mitgestalten. Deshalb habe ich mich für eine neue parlamentarische Herausforderung in Straßburg und Brüssel entschieden. Als Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen werde ich der Landespolitik verbunden bleiben.

Warum zieht es Sie mehr nach Brüssel als nach Berlin?

Die Entscheidung für Europa habe ich ganz bewusst getroffen, weil dort viele Weichen gestellt werden. Dabei geht es um zentrale Interessen der Menschen in unserem Land. In unserer Generation entscheidet sich, ob wir in Europa gemeinsam die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern oder nicht. Und diese Herausforderungen sind gewaltig:

Klimawandel, Umweltzerstörung, Migrationswellen, globale Marktschwankungen, scheiternde Staaten, internationaler Terrorismus oder grenzüberschreitende kriminelle Netzwerke erfordern eine bessere Zusammenarbeit auf globaler Ebene. Diese Herausforderungen kennen keine Grenzen. Meine Entscheidung für Europa ist somit in ganz besonderer Weise auch eine Entscheidung für Deutschland.

Was konkret hoffen Sie in Brüssel erreichen zu können?

Ich bin überzeugt: Deutschland und Europa sind eng verbunden, ohne ein starkes Europa gibt es auch keine gute Zukunft für uns Deutsche. Gerade deshalb kämpfen wir für eine starke und wettbewerbsfähige Europäische Union, die gestärkt aus der Krise herauskommt. Europa soll demokratisch, transparent und bürgernah sein.

Hat das Europaparlament aus Ihrer Sicht eigentlich genügend politische Macht, d.h. vor allem Einfluss auf die Entscheidungen der EU-Kommission?

Europapolitische Entscheidungen greifen oft tief in den Alltag der Bürger ein. Für

weiter zu stärken, indem es langfristig ein eigenes Initiativrecht erhält: Nicht nur die Kommission, sondern auch die von den Bürgern Europas gewählten Abgeordneten sollen eigene Gesetzesvorschläge einbringen können.

Viele Menschen in Deutschland nehmen die Brüsseler Bürokratie eher als Quelle unsinniger Richtlinien und Verordnungen wahr. Muss Europa „unkomplizierter“ werden?

Obwohl für immer mehr Bürger Europa im Alltag selbstverständlich ist, erscheint die Europäische Union mit ihren zahlreichen Behörden als fernes Gebilde, das wenig mit der persönlichen Lebenswirklichkeit zu tun hat. Ein bürokratisches Klein-Klein, wie beispielsweise bei der Regulierung von Ölkännchen in Restaurants, soll es nicht mehr geben. Europa darf sich nicht verzetteln, sondern muss sich auf die Aufgaben konzentrieren, die eben nur gesamteuropäisch bewältigt werden können. Nicht jede Aufgabe in Europa ist auch eine Aufgabe für Europa. Unser Leitbild ist ein bürgernahes und lebendiges Europa, das die Lebensqualität in seinen Regionen sichert und die Unterschiede in der Lebensart achtet.

Wie geht es aus Ihrer Sicht mit dem Euro weiter? Wird es gelingen, die Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone zu bewältigen?

Ja, wenn wir jetzt Kurs halten. Seit 2009 hat Europa schwere Jahre durchgemacht. Die aus der Verschuldungskrise folgende tiefe Vertrauenskrise war ein Weckruf. In einigen Staaten der Eurozone wurde offenbar, dass wirtschaftliche Stärke auf Pump nicht nachhaltig ist. Seitdem sind wir in Europa auf dem Weg zu Stabilität und Wachstum ein gutes Stück vorangekommen. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern haben wir große Anstrengungen unternommen und so insbesondere die Eurozone stabilisiert. Das Fundament des Euro wurde gefestigt,

Europa ist ein weltweit einzigartiges Projekt der gemeinsamen Werte und des Friedens.

die Akzeptanz Europas ist es daher wichtig, die demokratische Legitimation zu stärken und Entscheidungen nachvollziehbarer zu gestalten. Unser Ziel als CDU ist es, das Europäische Parlament

Schwachstellen bei der Einführung des Euro überwunden, der Stabilitäts- und Wachstumspakt gestärkt und um den Fiskalpakt ergänzt.

Der dauerhafte Europäische Rettungsschirm ESM zeigt Wirkung. Das Konzept „Hilfe zur Selbsthilfe“ hat gezeigt, dass Unterstützung und Hilfe sowie Struktur-reformen in den betroffenen Staaten zusammen mit der Konsolidierung der Finanzen zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Und es gibt bereits erkennbare Erfolge: Mit Irland und Spanien können zwei Länder dank ihres Reformkurses die europäischen Hilfsprogramme verlassen. Aber auch in Portugal, Zypern und Griechenland gibt es erste Fortschritte. Der eingeschlagene Weg ist der richtige Weg aus der Krise.

Braucht es zur Stabilisierung des Euro eine vertiefte wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung unter den Mitgliedsstaaten?

Ja, deshalb wollen wir, dass die in den letzten Jahren beschlossenen Reformen im Zuge des Stabilitäts- und Wachstumspaktes konsequent umgesetzt werden. Hierzu sollten die Eurozonenmitglieder ihre Wirtschaftspolitik enger abstimmen, um dauerhaft eine krisenfeste Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen. Die Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Länder der Währungsunion gilt es Zug um Zug aufzuheben, indem die notwendigen Reformen in allen Euroländern durchgeführt und unter allen Euroländern künftig früher und besser abgestimmt werden.

Vor 100 Jahren führten die Völker Europas untereinander einen erbarmungslosen Krieg, heute wechseln wir über die Grenzen, ohne anzuhalten. Ist das Projekt

Europa nicht trotz aller Schwierigkeiten ein enormer politischer Erfolg?

Ja, die Europäische Union ist ein großer Erfolg – daran sollten wir uns in diesem historisch besonderen Jahr

2014, 100 Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und 75 Jahre nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, erinnern und unseren Blick schärfen. Europa ist ein weltweit einzigartiges Projekt der gemeinsamen Werte und des Friedens. Die Europäische Union zu bewahren, zu festigen und fortzuentwickeln ist das Ziel christlich-demokratischer Politik. Die CDU stand und steht besonders mit ihren Bundeskanzlern Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel konsequent für dieses geeinte Europa, durch das wir Deutsche in Einigkeit und Recht und Freiheit leben können. Auf dieser Grundlage werden wir das zukünftige Europa gestalten. ■



Zahlen, Daten, Fakten



Das Europäische Parlament (EP) ist nach Art. 14 EU-Vertrag das Parlament der Europäischen Union (EU). Es hat seinen Sitz in Straßburg (Frankreich) und wurde **1952** gegründet. Die Abgeordneten des EU-Parlaments werden seit **1979** alle fünf Jahre von den rund **453** Millionen Bürgern der EU in freier und geheimer Wahl bestimmt, vorher wurden sie von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten berufen.

Die nach dem Vertrag von Lissabon **751** Abgeordneten vertreten über **500** Millionen Europäerinnen und Europäer aus **28** EU-Mitgliedsstaaten. Sie wählen aus ihrer Mitte einen Präsidenten für jeweils die Hälfte einer Legislaturperiode, also für zweieinhalb Jahre. Die Abgeordneten schließen sich in Fraktionen zusammen, die parteipolitisch ausgerichtet sind, so etwa die Europäische Volkspartei (EVP), die sich aus christlich-demokratischen und konservativ-bürgerlichen Mitgliedsparteien aus der gesamten EU zusammensetzt. Abgeordnete aus dem gleichen Mitgliedsstaat können innerhalb einer Fraktion eine Gruppe bilden.

Das Parlament hat derzeit **22** ständige Ausschüsse, die für bestimmte Sachbereiche zuständig sind und die Arbeit

in den Plenarsitzungen vorbereiten. Da die EU kein Staat mit klassischen Staatsorganen ist, unterscheidet sich die Arbeit des Europäischen Parlaments etwas von der eines nationalen Parlaments. Seine Befugnisse wurden jedoch im Laufe der Geschichte der Europäischen Union schrittweise erweitert. Mit dem Vertrag von Lissabon ist das EP gleichberechtigter Gesetzgeber in der EU mit dem EU-Ministerrat (siehe Kasten) geworden. Beide Institutionen haben die Möglichkeit, auf vorgeschlagene Gesetzestexte der EU-Kommission Einfluss zu nehmen. Im Rahmen von zwei Lesungen können die Gesetzestexte modifiziert werden. Sollte es in der Folge zu keiner Einigung zwischen EU-Rat und dem Parlament kommen, so wird in einer dritten Lesung ein Vermittlungsausschuss gebildet, um eine Einigung zu erzielen.

Das EU-Parlament und der EU-Rat können jedoch keine eigenen Gesetzesvorlagen im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens, des sog. Initiativrechts, durchführen. Dies ist nur der Europäischen Kommission möglich. Der EU-Rat muss in diesem Fall immer erst nach Art. 225 AEU-Vertrag die Europäische Kommission auffordern, einen Gesetzesvorschlag zu entwickeln.

Das EU-Parlament übt aber gemeinsam mit dem Rat die Haushaltsbefugnisse und eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber der EU-Kommission aus. So ist die Kommission dazu verpflichtet, in regelmäßigen Abständen dem Parlament Berichte über die geleistete Arbeit zur Prüfung vorzulegen. Die Kommissionsmitglieder können auch direkt befragt werden. Das Parlament kann die Ernennung der Mitglieder der Kommission billigen oder ablehnen und die Kommission als

G a n z e durch einen Misstrauensantrag ihres Amtes entheben.

Im Europäischen Parlament fehlt der typische Gegensatz zwischen Regierungs- und Opposi-

tionsfraktionen. Anders als in den meisten nationalen Parlamenten, wo die Regierungsfaktionen normalerweise loyal zur Regierung stehen und deren Gesetzeswürfe prinzipiell unterstützen, bilden sich im Europäischen Parlament je nach Abstimmungsthema wechselnde Mehrheiten. Dies bewirkt auch, dass die einzelnen Europa-Abgeordneten unabhängiger sind und mit Verhandlungsgeschick und Sachkenntnis manchmal größeren Einfluss auf die EU-Gesetzgebung haben, als es Abgeordneten nationaler Parlamenten möglich ist. Das Bundesverfassungsgericht spricht dem Europäischen Parlament in seinem Urteil zum Lissabon-Vertrag vom 30. Juni 2009 allerdings nur eine eingeschränkte demokratische Legitimation zu und sieht die Entscheidungskompetenzen für einen Kernbestand an Aufgaben und Strukturen weiterhin bei den einzelnen Nationalstaaten. ■

Quellen: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Wikipedia, europe direct Center Steinfurt, Juraforum

Der Europäische Rat (EU-Ministerrat)

Der Europäische Rat setzt sich zusammen aus den Staats- und Regierungschefs der EU-Länder, dem Präsidenten der Kommission und dem Präsidenten des Europäischen Rates (derzeit Herman Van Rompuy), der den Vorsitz der Tagungen innehat. Der Rat tritt i.d.R. vier Mal im Jahr zusammen, um über allgemeine politische Zielvorstellungen und wichtige Initiativen zu entscheiden. So nimmt der Rat zwar Einfluss auf die Festlegung der politischen Agenda der EU, er ist jedoch **nicht befugt, Rechtsvorschriften zu erlassen.**

Einfach genial.



Der neue XL1.

Einfach elektrisch.



Der neue e-up!

Think Blue.



Das Auto.

XL1 Kraftstoffverbrauch in l/100 km: 0,9 kombiniert, CO₂-Emissionen in g/km: 21 kombiniert, Stromverbrauch in kWh/100 km: 7,2 kombiniert.
e-up! Stromverbrauch in kWh/100 km: 11,7 kombiniert, CO₂-Emission in g/km: 0.

Permanente Baustelle



Europa bereitet sich auf die Wahl zum Europäischen Parlament vor. Deren Ergebnisse werden auch davon abhängen, wie der Stand der europäischen Integration bewertet wird und welche Verdienste oder Fehlentwicklungen man Europa zuschreibt. Eine Bestandsaufnahme von Professor Ulrich Brückner.

Eine Bestandsaufnahme der europäischen Integration fällt nicht gerade leicht. Es gibt keinen Bauplan, die europäische Einigung ist schließlich ebenso ohne historisches Vorbild wie die deutsche Wiedervereinigung. In keinem Vertragsdokument steht eine Festlegung, wohin beispielsweise die Reise hinsichtlich der künftigen geographischen Erstreckung gehen soll. Ebenso wenig ist bestimmt, in welches politische System der Zusammenschluss der Völker Europas mündet. Diese „offene politische Finalität“ erschwert nicht nur eine Bewertung, ob der erreichte Stand „richtig“ ist, weil das Bezugssystem und der Maßstab fehlen. Sie trägt auch nicht dazu bei, dass Europäer sich mit der EU identifizieren, wie sie es mit ihrem Staat tun, weil sich das europäische Gebilde als eine permanente Baustelle präsentiert. Dieses Problem ließe sich lösen, wenn sich die aktuell 28 Mitgliedsstaaten als Bauher-

ren auf ein Ziel einigten. In einem Europa der Vielfalt lassen sich die unterschiedlichen Interessen aber nicht leicht miteinander in Einklang bringen. Deswegen hat man sich nicht auf eine Finalität geeinigt, sondern hält sich die Option weiterer Vertiefungen und Erweiterungen offen. Statt einer Festlegung auf finale Grenzen der EU haben sich die Mitglieder stattdessen auf den gemeinsamen Nenner gemeinsamer Werte und Grundprinzipien verpflichtet, die wiederum den Anspruch definieren, den künftige Mitglieder für einen Beitritt erfüllen müssen. Die EU akzeptiert nur Mitglieder, deren politisches System den Regeln westlicher Demokratien entspricht, die eine funktionierende Marktwirtschaft besitzen und die den gemeinsamen rechtlichen Besitzstand in nationales Recht übersetzt haben und das Gemeinschaftsrecht als ihr eigenes ansehen und anwenden. Zu den gemeinsamen Zielen gehört auch, dass sich die EU und ihre Mitglieder dem sozialen und ökonomischen Zusammenhalt verpflichtet fühlen, ohne dass explizit definiert wäre, wie weit die Solidarität im Sinne einer Umverteilung gehen soll und darf.

Die Frage nach der Bewertung des Erreichten stand zum Beginn des Jahrtausends im Mittelpunkt des europäischen Diskurses, als die EU-15 gerade die gemeinsame Währung eingeführt hatte und mit der Aufnahme von zehn mittel- und osteuropäischen Staaten und zwei Mittelmeerinseln vor der größten Erweiterung ihrer Geschichte stand. In dieser Phase wurde um eine Reform gerungen, die in einem Konvent über die Zukunft der europäischen Integration eine neue Vertragsgrundlage zu erarbeiten versuchte. In diesem Zusammenhang wur-

den als Bewertungsmaßstäbe die folgenden Kriterien diskutiert:

- Hält die EU ihre Versprechen, Frieden, Wohlstand und Stabilität zu schaffen (Effektivität)?
- Erreicht sie das zu akzeptablen Kosten (Effizienz)? Erfüllt sie ihre eigenen Ansprüche an die demokratische Verfasstheit künftiger Mitglieder, oder gibt es ein Demokratiedefizit hinsichtlich Verantwortlichkeit, Transparenz und Legitimität?

Überzeugende Antworten auf diese Fragen muss die EU damals wie heute liefern, sonst bleibt sie eine Episode in der Geschichte des europäischen Kontinents.

Was wurde erreicht?

In den 1950er Jahren hat Europäische Integration mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl begonnen. Dabei trat nicht Europa an die Stelle der Nationalstaaten und übernahm deren Souveränität, sondern man entschied sich für Einheit in Vielfalt, für die Bewahrung der souveränen Nationalstaaten in einem Prozess des immer engeren Zusammenschlusses der europäischen Völker. An diesem Prinzip der funktional begrenzten Übertragung von Zuständigkeiten hat sich bis heute nichts geändert. Allerdings ist die Integration so weit fortgeschritten, dass es einfacher ist, Bereiche öffentlicher Aufgaben zu benennen, die nicht oder kaum europäisiert sind, als umgekehrt den Katalog aufzulisten, in denen die Mitglieder der EU Aufgaben und Steuerungsmittel übertragen haben.

Durch diesen weltweit einmaligen Grad an Interdependenz hat die EU einen erheblichen Beitrag zu Frieden, Völkerverständigung, gesellschaftlicher Stabilität und kulturellem Austausch auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen geleistet. Der Preis dieser Erfolge ist die freiwillige Beschränkung staatlicher Autonomie, und nicht zuletzt deswegen wird die europäische Integration nicht überall positiv gesehen. Als erklärter Gegenentwurf zum Nationalismus, der zu zwei Weltkriegen führte, hat sie Gegner, wo nationale Lösungen über gemeinsame europäische gestellt werden. Zentrales Instrument der Integration war und ist die wirtschaftliche Integration durch die schrittweise Schaffung einer



Der Autor: **Prof. Dr. Ulrich Brückner** ist Jean-Monnet-Professor für Europäische Integration. Er hat an der FU Berlin gearbeitet und als Gastprofessor in den USA, China, Russland, Polen, Slowenien, Frankreich und Spanien unterrichtet. Darüber hinaus arbeitet er u.a. für die Internationale Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amtes, den Aufbaustudiengang Europawissenschaften der drei Berliner Universitäten, die NATO School in Oberammergau und das Institute for Cultural Diplomacy (icd) in Berlin.

Zollunion, eines Binnenmarkts, einer Wirtschaftsunion, einer Währungsunion und schließlich einer Politischen Union, ohne dass dabei die EU an die Stelle der souveränen Mitgliedsstaaten getreten wäre. Aus ökonomischer Sicht hat die EU durch den Binnenmarkt zu Wohlstand durch mehr Allokationseffizienz beigetragen. Die gemeinsame Handelspolitik hat das Gewicht der EU in der Welt erhöht und ebenfalls zu mehr Wohlstand beigetragen.

Der politische Rahmen der EU war ein entscheidender Faktor für den Erfolg der deutschen Einheit und die Wiedervereinigung des geteilten Kontinents. Auch die Entwicklung des Verhältnisses zu den Nachbarn der EU gehört zur Erfolgsbilanz. Die EU spielt eine Rolle in der Welt, sie exportiert nicht nur Waren, sondern Normen und Werte, und sie dient als Leitbild für andere Regionen, die sich Integration als Ziel gesetzt haben, ohne dabei zu verkennen, dass jede Form regionaler Integration ihre eigenen Bedingungen hat und sich die Einigung Europas nicht einfach übertragen lässt. Eine weitere Bündelung außen- und sicherheitspolitischer Macht und Ressourcen hätte weitreichende Folgen für das Selbstverständnis der souveränen Mitglieder und ihrer staatlichen Interessen.

Weitere Errungenschaften europäischer Integration sind das Prinzip der Subsidiarität, das Bekenntnis zur Bewahrung von Vielfalt, nationaler Identität, des Minderheitenschutzes und der Rechtsstaatlichkeit.

Was funktioniert, was nicht?

Neben der Liste des Erreichten steht auch nach über einem halben Jahrhundert europäischer Einigung eine Vielzahl von ungelösten Problemen und neuen Herausforderungen.

Das politische System der EU weist eine Fülle von Schwächen und Defiziten auf. Es ist intransparent, langsam, es leidet unter Bürgerferne, hohen Entscheidungskosten und mangelnder Verantwortlichkeit. Der Prozess europäischer Integration zeigt Zentralisierungstendenzen bei der Kompetenzverteilung, ohne dass dies ausreichend mit dem Ausbau demokratischer Legitimi-

tät einhergeht. Wie auch in den Mitgliedsstaaten entstehen mit dem Aufbau von Verwaltungsapparaten Probleme durch Bürokratisierung, Korruption und demokratische Kontrolle. Dies sind, wie gesagt, keine spezifisch europäischen Probleme. Oft werden aber bei der EU höhere oder zumindest andere Maßstäbe angelegt als innerhalb der Mitgliedsstaaten.

Eine Bewertung des Erreichten hängt davon ab, wie man die Maßstäbe auswählt und gewichtet und welches Europa man will. Was den Stand betrifft, hat die EU viel geleistet für Frieden, Wohlstand und Stabilität auf dem europäischen Kontinent. Und dennoch bleibt sie eine Baustelle hinsichtlich Effizienz, Effektivität, Legitimität und ihrer Rolle in der Welt. Vor dem Hintergrund der Schuldenkrise seit 2008 und



Ökonomisch und sozial zeigen sich nach wie vor Ungleichgewichte

- bei der wirtschaftlichen Entwicklung und dem sozialen Zusammenhalt
- bei der makroökonomischen Steuerung in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion
- bei der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit zwischen Zentrum und Peripherie.

Durch die wachsende Zahl der Mitglieder und das gewachsene Spektrum europäischer Aufgaben entstehen mehr und mehr Teilgemeinschaften wie die Eurozone oder der Schengenraum. Selbst wenn dies nur als ein Übergang gedacht ist, erschwert ein solches Europa à la carte Transparenz und Handlungsfähigkeit. In der Folge wird es für die Bürger auch schwerer, sich mit einem solchen Gebilde zu identifizieren, wenn es sich nicht selbst erklärt und nicht hält, was man sich von ihm verspricht.

der wirtschaftlichen und sozialen Folgen überrascht es nicht, wenn die EU aktuell kritisch gesehen wird, weil sie zum Teil für die Krise verantwortlich gemacht wird und zugleich die Reaktionen auf die Krise als nicht ausreichend kritisiert werden, unabhängig davon, ob dies überhaupt zu den Zuständigkeiten der EU gehört oder gehören sollte.

Gerade in Kandidatenländern und neuen Mitgliedern sind die Erwartungen in die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft unrealistisch hoch. Die EU ist keine Insel, nicht der reiche Onkel und keine Rundumversicherung gegen Krisen und Probleme jeder Art. Umgekehrt ist sie trotz aller Mängel und Defizite das Beste, was den Staaten Europas passieren konnte. Schließlich ist es im Interesse aller, gemeinsame Lösungen für Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu finden, die über Ad-hoc-Abreden und lose Zusammenkünfte hinausgehen. ■

Die **Schranken** der eigenen Macht beachten

Wie organisiert man Demokratie am besten? Sollten wir Institutionen und Verfahren verbessern, statt nach plebiszitären Elementen wie der Volksabstimmung zu rufen? Ein Beitrag von Professor Rudolf Steinberg.

Die kontroverse Diskussion über das Verhältnis von Elementen direkter Demokratie zur Repräsentativverfassung wird bewusst oder unbewusst durch bestimmte Annahmen über die „Natur“ des Menschen oder die „Vernunft“ des Volkes geprägt. Bei der direkten Demokratie werden die politischen Entscheidungen in einem Gemeinwesen vom „dem Volk“ selbst getroffen – idealiter in einer Volksversammlung nach dem Muster der athenischen agora oder der schweizerischen Landsgemeinde, in der Praxis eines Flächenstaates durch Volksabstimmungen. Demgegenüber wird die Herrschaft in einem repräsentativen Regierungssystem durch Repräsentanten – Parlament, Regierung, Judikative – ausgeübt.

Die Notwendigkeit von Repräsentation wird oftmals vor allem mit den Bedingungen eines großen Flächenstaates, mit seiner Weiträumigkeit, begründet, eine Auffassung, die sich auch bei Rousseau – einem der Verfechter direkter Demokratie – findet. Diese Begründung reicht jedoch nicht, vor allem wenn die Weiträumigkeit möglicherweise durch neue technische Mittel überwunden werden kann. Wichtiger erscheint ein inhaltlicher Aspekt, der in der Unvollkommenheit des Menschen angelegt ist. Entgegen dem Fortschrittsoptimismus der Aufklärung haben in der Realität eher die warnenden Stimmen die Oberhand gewonnen, etwa die Johann Gottfried Herders, dass der Mensch immer Mensch bleibe, dass die Menschheit im-

mer nur Menschheit bleibe und dass das menschliche Gefäß keiner Vollkommenheit fähig sei. Denselben Gedanken bringt Immanuel Kant in dem Bild zum Ausdruck: „Aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden.“ Dieser Natur des Menschen gerecht werdend, setzt Kant auf die Institution der Verfassung, von der er sich das Fortschreiten der Menschheit zur Freiheit verspricht. Das ist der erste wichtige Grund, warum demokratische Herrschaft mittels Repräsentation unverzichtbar ist. Es überrascht deshalb letztlich wenig, dass selbst so unterschiedliche Denker wie der konservative Anthropologe Arnold Gehlen oder der marxistische Psychoanalytiker Erich Fromm mit ganz ähnlichen Überlegungen das Erfordernis von Institutionen begründen. Ihnen zufolge ist der Mensch als instinktreduziertes Wesen erst im Horizont von Institutionen fähig, nicht nur zu überleben, sondern auch ein Leben zu führen. „Alles gesellschaftliche Handeln wird nur durch Institutionen hindurch effektiv, auf Dauer gestellt, normierbar, quasi-automatisch und voraussehbar.“ (Gehlen)

Die kontinuierlichen Leistungen gesellschaftlicher Institutionen hält auch der Soziologie Norbert Elias für umso wichtiger, als ihre zivilisierende Kraft jederzeit „in Ausnahmezeiten“ unterbrochen und durchbrochen werden kann. Und nicht viel anders betont John Rawls die Bedeutung liberaler Institutionen. Sie seien in der Lage, die grundlegenden menschlichen Bestrebungen zu beeinflussen, könnten entscheidende langfristige Wirkungen haben und nachhaltig den Charakter und die Ziele der Mitglieder der Gesellschaft prägen und damit die Gestalt der Menschen, die sie besitzen und die sie haben möchten. Institutionen lassen sich so verstehen als Verkörperungen menschlicher Sinngebung und Zielsetzung; ihren Kern macht eine leitende Idee, eine „idée directrice“ (Hauriou), aus.

Die Unentbehrlichkeit von Institutionen und von Organisationen wird heute eindrucksvoll von modernen Verhaltenspsychologen unterstrichen. Ausgehend von seinen Beschreibungen der Fehleranfälligkeit menschlicher Entscheidungen, die in dem Satz gipfeln von „unserer nahezu unbegrenzten Fähigkeit, unsere Ignoranz zu ignorieren“, sucht der Nobelpreisträger Daniel Kahneman nach Abhilfe. Während er Skepsis äußert gegenüber der Chance der Vernunft, sich gegenüber der allgegenwärtigen intuitiven Entscheidung durchzusetzen, setzt er größere Hoffnungen auf die Fähigkeit, Fehler bei anderen zu entdecken. Diesen Vorteil könnten sich Organisationen zunutze machen: Durch „Reflexion“ und „Nachprüfung“ in der Institution wird auch die Fähigkeit zur Verantwortlichkeit gestärkt, durch die das menschliche Verhalten – wie die Organisationsforschung weiß – beeinflusst wird: So vergrößert die Verantwortlichkeit das Ausmaß der be-

Zur Repräsentativverfassung des Gemeinwesens unter den heutigen Bedingungen eines Flächenstaates gibt es keine Alternative.

trachteten Informationen und die Intensität ihrer Nutzung, sie verstärkt die Neigung zur Deliberation, d.h. zur sorgfältigen Abwägung einer Entscheidung einschließlich ihrer Folgen.

Damit wird in gewisser Weise mit Hilfe der Naturwissenschaften eine alte und zentrale These der Verfassungstheorie und Regierungslehre bestätigt. Begründet doch gerade mit der *conditio humana* James Madison in dem berühmten Kapitel 51 der *Federalist Papers*, des verfassungspolitischen Manifests für die amerikanische Bundesverfassung, 1787/88 die Notwendigkeit

einer repräsentativen Verfassung für einen großen Flächenstaat. So fragt er: „Aber stellt nicht schon die Organisation der Regierung selbst nichts anderes dar als die Antwort auf die tiefe Einsicht in die Schwächen der menschlichen Natur? Wenn die Menschen Engel wären, so bräuchten sie keine Regierung. Wenn Engel die Menschen regierten, dann bedürfte es weder innerer noch äußerer Kontrollen der Regierenden. Entwirft man jedoch ein Regierungssystem von Menschen über Menschen, dann besteht die große Schwierigkeit darin: Man muss zuerst die Regierung befähigen, die Regierten zu beherrschen, und sie dann zwingen, die Schranken der eigenen Macht zu beachten. Die Abhängigkeit der Regierung vom Volk ist zweifellos das beste Mittel, die Regierung zu kontrollieren, aber die Menschheit hat aus Erfahrung gelernt, dass zusätzliche Vorkehrungen erforderlich sind.“

Einige Jahrzehnte später bekräftigt der liberale englische Politiker und Staatsdenker John St. Mill in seinen *Considerations on Representative Government* die Notwendigkeit und die Bedeutung wirksamer repräsentativer Institutionen. Ähnlich hält Immanuel Kant die Demokratie – gemeint ist die identitäre Versammlungsdemokratie – notwendig für despotisch und deshalb allein das repräsentative System für die Staatsform, „in welchem allein eine republikanische Regierungsart möglich, ohne welche sie (die Verfassung mag sein, wie sie wolle) despotisch und gewalttätig ist“. Und an anderer Stelle bezeichnet er als wahre Republik ein „repräsentatives System des Volkswillens, um im Namen desselben, durch alle Staatsbürger vereinigt, vermittelt ihrer Abgeordneten (Deputierten) ihre Rechte zu besorgen“. Ebenso sind nach Montesquieu in großen Staaten allein die Repräsentanten in der Lage, die Angelegenheiten des Gemeinwesens zu erörtern und die Gesetze zu erlassen: „Das ist ihr großer Vorteil. Das Volk ist dazu durchaus nicht geeignet. Das ist eines der großen Gebrechen der Demokratie.“

Zur Repräsentativverfassung des Gemeinwesens unter den heutigen Bedingungen eines Flächenstaates gibt es keine Alternative. Die Analysen von Staatsdenkern wie Kant, Montesquieu oder Madison sind nach wie vor gültig. Die heutige republikanische und demokratische Verfassung ist auf die repräsentative Hervorbringung von für das Gemeinwesen verbindlichen Ent-

scheidungen angewiesen. Dieser eignet aber nicht nur eine gleichsam technische Funktion, sondern sie verspricht auch ohne die Annahme einer präexistierenden *volonté générale* ein Höchstmaß an innerer Richtigkeit, die auf dem Verfahren der umfassenden Ermittlung, Bewertung und Abwägung der innerhalb des Gemeinwesens vorfindlichen Interessen und Werte beruht, zu denen heute auch die Einbeziehung der Belange der Anderen – räumlich wie zeitlich – gehört. Repräsentation organisiert die Herrschaft der Wenigen über die Vielen. In diesem Sinn stellt repräsentative Herrschaft keine Form der Selbstregierung dar, sie schafft nicht Identität zwischen Regierung und Volk. Sie kann aber deshalb eine demokratische Regierung genannt werden, weil das Volk die Repräsentanten autorisiert, im Namen des Volkes zu sprechen und für das Volk zu handeln, das sie gegebenenfalls auch wieder abberufen kann. Die zweifellos bestehenden Schwächen lassen sich nur sehr begrenzt durch direktdemokratische Verfahren korrigieren.

Die Autorisierung der repräsentativen Organe kann sich allerdings nicht auf den periodischen Akt der Wahl der Repräsentanten beschränken; dieser bedarf vielmehr der kontinuierlichen Aktualisierung durch Prozesse der Kontrolle sowie der Kommunikation und Vermittlung, der permanenten Rückbindung der Bürger mit ihrer Regierung. Hierbei kommt den politischen Parteien eine besondere Rolle zu. Dabei sind diese Prozesse der Rückbindung und Wechselwirkung ganz wesentlich auf Öffentlichkeit angewiesen. Zweifellos sind diese nicht gefeit vor Versagen und Fehlentwicklungen. Doch bieten im Verfassungsstaat die mannigfachen Mechanismen der Kontrolle, angelegt vor allem auch in den Prinzipien der Gewaltenteilung, die Möglichkeit der Korrektur.

Doch mag in diesem Zusammenhang bei aller grundsätzlichen Skepsis gegenüber plebiszitären Elementen in der Verfassung ein Bedürfnis nach einer maßvollen und punktuellen Einfügung in bestimmte Situationen nicht zu verkennen sein. Hier sollten die Verfahren so ausgestaltet sein, dass sie einen Missbrauch durch kleine Minderheiten möglichst verhindern. Vor allem aber ist in Betracht zu ziehen, dass sich die unterschiedlichen Gegenstände in unterschiedlichem Maße für einen Volkstentscheid eignen. Anders als bei Personal- und Verfassungsplebisziten bestehen gegen-

über Sachplebisziten bei die Ebene der Kommune übersteigenden Themen erhebliche Bedenken. Hier steht die Rationalität politischer Entscheidungen auf dem Spiel. Der Gedanke der rationalen Diskussion stellt aber die Grundlage der freiheitlichen Demokratie dar, sodass es nicht überrascht, dass vor allem Liberale seit dem 19. Jahrhundert immer Verfechter einer repräsentativen Demokratie gewesen sind, die allein in der Lage sei, mit ihrem Element der Gewaltenteilung jedwedes Machtmonopol zu verhindern und dadurch Freiheit und Eigentum zu sichern. Demgegenüber kommt hinter der Forderung nach direkter Demokratie nicht selten die geheime Sehnsucht nach einfachen Lösungen auf der Grundlage eines mystischen Volksbegriffs und eines identitären Herrschaftskonzepts zum Ausdruck. Derartige romantische Volks- und Herrschaftsvorstellungen mit ihren antipluralistischen Affekten haben in Deutschland eine lange und unheilvolle Tradition. So sollten die Anstrengungen gerichtet sein auf eine Stärkung und Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Repräsentation. Zutreffend warnt der schweizerische Staatsrechtslehrer Werner Kägi davor, dann, wenn ein repräsentatives Organ seine Aufgaben nicht mehr erfüllt, die Remedur einfach in der Übertragung seiner Kompetenzen auf „das Volk“ zu suchen. „Das verfassungspolitische Bemühen muss sich vielmehr darauf konzentrieren, das lebenswichtige Organ so zu bestellen, so ‚in Verfassung‘ zu bringen, dass es seine Aufgabe zu erfüllen vermag.“ Das ist zweifellos eine mühseligere Aufgabe der Reform von Parteien, Parlamenten, Wahlsystemen, staatlicher Organisation und Verfahren wie auch der Öffentlichkeit etwa in den alten und neuen Medien als der Ruf nach den grobschlächtigen Instrumenten direkter Demokratie. ■

Der Autor: **Professor Dr. Rudolf Steinberg** war Präsident der Goethe-Universität in Frankfurt/Main und ist em. Professor für Öffentliches Recht. Sein Buch „Die Repräsentation des Volkes – Menschenbild und demokratisches Regierungssystem“ ist 2013 im Nomos-Verlag, Baden-Baden, erschienen.



Zuwanderung:

Besser **steuern** als bislang ...

Ein Souverän-Interview
mit dem neuen
Bundesinnenminister
Thomas de Maiziere.

Souverän:

1 Herr Minister, laut ZDF-Politbarometer sehen die Deutschen erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Zuwanderung als wichtigstes Thema auf der politischen Agenda. Wie werden Sie als Innenminister darauf reagieren?

De Maiziere: Das Thema „Zuwanderungspolitik“ hatte in der Geschichte der Bundesrepublik schon immer einen relativ hohen Stellenwert, auch wenn es bisher vielleicht noch nicht auf Platz eins des öffentlichen Interesses gestanden haben mag.

Im Lauf der Zeit standen ganz verschiedene Aspekte der Zuwanderung nach Deutschland im Vordergrund, sei es die Anwerbung der sog. Gastarbeiter in den sechziger Jahren der jungen Bundesrepublik Deutschland oder der stark angewachsene Zustrom von Asylbewerbern in den frühen neunziger Jahren. Nach der damaligen Asylrechtsreform und dem Ende des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien gingen die Asylbewerberzahlen zunächst stark zurück, während sie seit einigen Jahren wieder signifikant steigen. Dies mag einer der Gründe sein, weshalb das Thema „Migration“ wieder sehr viel mehr öffentliche Aufmerksamkeit findet. Auch die seit Anfang des letzten Jahres durch den Deut-

schen Städtetag angestoßene Diskussion über die sog. Armutswanderung innerhalb der EU hat sicherlich dazu beigetragen.

Das aktuell gestiegene öffentliche Interesse korrespondiert mit der wachsenden Bedeutung, die eine gutgestaltete Zuwanderungspolitik für die Prosperität unserer Wirtschaft und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft hat. Es geht dabei um so unterschiedliche Aspekte wie die Erleichterung der Zuwanderung von Fachkräften, die Förderung der Integration von Menschen, die sich dauerhaft bei uns aufhalten, die Wahrnehmung humanitärer Verpflichtungen im Bereich des Flüchtlingsschutzes, aber auch um die konsequente Aufenthaltsbeendigung bei Menschen, denen unter keinen rechtlichen Gesichtspunkten ein Aufenthaltsrecht in unserem Land zusteht.

Im Koalitionsvertrag haben wir zahlreiche Maßnahmen und Vorhaben vereinbart, mit denen wir diesen Aspekten Rechnung tragen wollen. Ich nenne in diesem Zusammenhang beispielhaft die Einführung einer neuen, alters- und stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung für lange in Deutschland lebende geduldete Menschen, die sich nachhaltig integriert haben, die deutliche Verkürzung der Bearbeitungsdauer der Asylverfahren, die Lockerung der sogenannten Residenzpflicht für Asylbewerber, die Weiterentwicklung des Ausweisungsrechts für schwere Straftäter und gewaltbereite Extremisten sowie die Verbesserung der Vorschriften zur Durchsetzung der Aufenthaltsbeendigung für ausreisepflichtige Ausländer. Ein ganz wesentlicher Punkt aber ist die Abschaffung der Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern, wie wir sie im Koalitionsvertrag vereinbart haben und an deren Um-

setzung wir derzeit arbeiten. Diese Einigung ist ein Riesenschritt für beide Seiten!

Ich denke, schon anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass sich diese Bundesregierung im Bereich der Zuwanderungspolitik einiges vorgenommen hat.

2 Aktueller Auslöser der Debatte ist ja wohl die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänen und Bulgaren. Wie ernst nehmen Sie die Befürchtung, dass uns hier ein Zustrom von Armutszuwanderern ins Haus steht?

Gegenwärtig sehe ich noch keine Anzeichen für einen großen Zustrom von sogenannten Armutszuwanderern. Aber wir werden die Entwicklung natürlich weiter sorgfältig beobachten.

Die große Mehrzahl der rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen, die im Rahmen der Freizügigkeit zu uns kommen, ist erwerbstätig oder geht einer Ausbildung oder einem Studium nach. Diese Menschen sind uns sehr willkommen. Allerdings gibt es auch einen relativ kleinen Anteil von Zuwanderern aus diesen Ländern, die die Voraussetzungen für eine Inanspruchnahme des Freizügigkeitsrechts nicht erfüllen, trotzdem Sozialleistungen in Anspruch nehmen und in einigen städtischen Ballungsräumen erhebliche Probleme, zum Beispiel bei der Wohnraum- und Gesundheitsversorgung, der Durchsetzung der Schulpflicht sowie der Wahrung des sozialen Friedens verursachen. Darauf hat der Deutsche Städtetag hingewiesen.

Die Bundesregierung nimmt diese Probleme sehr ernst. Sie hat deshalb einen Staatssekretärsausschuss unter der Leitung des



Bundesinnenminister
Thomas de Maiziere



Innen- sowie des Arbeits- und Sozialministeriums eingesetzt, der nach einer Bestandsaufnahme der Sach- und Rechtslage bis zum Juni Vorschläge für die Unterstützung der betroffenen Kommunen und für Maßnahmen zur Bekämpfung des Missbrauchs des Freizügigkeitsrechts unterbreiten wird.

3 Viele Akteure in Politik und Gesellschaft rufen zu einer besonnenen und differenzierten Debatte auf. Das Institut der deutschen Wirtschaft beispielsweise propagiert, dass Zuwanderer die Folgen des demografischen Wandels abmildern und Staatskasse wie auch Unternehmen davon profitieren würden. Andererseits sagt Bundesministerin Barbara Hendricks, die Zuwanderung überfordere viele Kommunen, denn sie schaffe soziale Brennpunkte. Liegt die Wahrheit wie sooft in der Mitte?

Politisches Ziel muss es sein, die Herausforderungen zu meistern und die Chancen zu nutzen. Die Bundeskanzlerin hat gerade erst in ihrer Regierungserklärung wie-

der deutlich gemacht, dass wir gegenwärtig Zuwanderung brauchen. Zuwanderung sorgt langfristig für Bevölkerungswachstum und korrigiert Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, die der demografische Wandel mit sich bringt. Wir werden zwar den bestehenden und künftig noch zu erwartenden Fachkräftemangel nicht ausschließlich durch die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte kompensieren können. Die Gewinnung ausländischer Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt und die hier ansässige Wirtschaft ist dennoch eine besonders wichtige Aufgabe, ohne die unser Land künftig nicht mehr prosperieren könnte. Dabei geht es um weit mehr als „nur“ um Unternehmensgewinne und Steuereinnahmen. Auf dem Spiel steht der Lebensstandard einer Gesellschaft und Volkswirtschaft, deren Unternehmen innovativ und international konkurrenzfähig bleiben müssen und deren Bedarf an Dienstleistungen infolge des demografischen Wandels noch deutlich ansteigen wird.

Eine gutgesteuerte Zuwanderung, wie sie in unserem Zuwanderungsrecht als obers-



ter Grundsatz verankert ist, sorgt dafür, dass die „Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen“ nicht zu kurz kommt. Das Diktum von der ‚Zuwanderung in unser Sozialsystem‘, der wir entgegenwirken wollen, steht in diesem Zusammenhang.

Die Motivation derjenigen Zuwanderer, denen es ausschließlich um den Zugang zu unseren Sozialsystemen geht, billigen wir nicht. Zwar umfasst das Freizügigkeitsrecht innerhalb der EU viele Lebenssachverhalte, bei denen die Zuwanderung selbstverständliches Unionsbürgerrecht ist, ohne dass es noch eines deutschen Aufenthaltstitels bedarf, d.h., ohne dass nach deutschem Aufenthaltsrecht noch steuernd eingegriffen werden kann. Eine bloße Zuwanderung in unser Sozialsystem ist jedoch vom Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger nicht umfasst.

Wer ohne Missbrauch und Betrug als Freizügigkeitsberechtigter dauerhaft in Deutschland lebt, der kann auch auf unsere Solidargemeinschaft, auf unser Sozialsystem bauen. Beim Umgang mit sozialen Brennpunkten auf kommunaler Ebene verdienen Städte und Gemeinden staatliche Unterstützung, wenn ihre Kräfte punktuell überfordert sind. In Fällen von Missbrauch und Betrug bei der Ausübung des Freizügigkeitsrechts sind allerdings Gegenmaßnahmen erforderlich, damit es nicht zu einer Überforderung des sozialen Netzes kommt. Wir haben deshalb im Koalitionsvertrag vereinbart, der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entgegenzuwirken. Damit wollen wir nicht zuletzt auch die gesellschaftliche Akzeptanz für



„ Wir wollen die Zuwanderung in den Berufen zulassen, in denen wir einen Fachkräftemangel haben. „

die großen Er-rungenschaften der Personen- und Arbeitneh-merfreizügigkeit in-nerhalb der EU bewahren.

4 Unter den Zuwanderern be-trägt der Anteil der Fach- und Füh-rungskräfte je nach Herkunftsland etwa zwischen 18 und 22 Prozent. Heißt das nicht im Umkehrschluss, dass mehr als 3/4 der Zuwanderer als Geringqualifizierte gelten müssen und daher wenig Chancen auf einen Ar-beitsplatz in Deutschland haben?

Nein, dieser Umkehrschluss ginge in die Irre, denn er basiert auf der Annahme, dass alle Zuwanderer der Kategorie ‚Arbeitsmi-granten‘ zuzuordnen seien. Es gibt aber noch weitere Kategorien von Zuwande-rern:

Dazu gehören zum Beispiel die Zuwande- rer, die im Rahmen des Familiennachzugs zu uns kommen. Familienangehörige bestimmter Verwandtschaftsgrade, die be-rechtigt sind, den aus Erwerbsgründen Zugewanderten nachzuziehen oder sie zu begleiten, kommen eben auch ungeachtet ihrer Qualifikation nach Deutschland, gleich, ob sie hier später eine hoch-, ge-ringqualifizierte oder gar keine Berufstätig-keit ausüben.

Ähnliches gilt für Asylbewerber und Schutzsuchende, die nach der Anerken-nung als Asylberechtigte oder der Zuer-kennung sonstiger Schutzrechte auf Dauer in Deutschland leben, ohne dass es auf das Kriterium der beruflichen Qualifikation an-käme.

In allen diesen Fällen ist es unsere gemein-same Aufgabe, auch diesen Zuwanderern – ebenso wie den Einheimischen – die notwendigen Bildungs- und Ausbildungs-

möglichkeiten zugänglich zu machen, damit sie sich integrieren und ihren Beitrag zum gedeih-lichen Zusammenleben in unserer Ge-sellschaft leisten können.

5 Können die Zuwanderungsre-geln anderer Staaten wie Kanada oder die USA, die Zuwanderung nach Bedarf zu steuern versuchen, nicht auch Vorbild für Deutschland sein?

Auch in Deutschland wird die Zuwande-rung nach dem Bedarf gesteuert. Das wird besonders dadurch deutlich, dass nach unserem Aufenthaltsrecht eine Zuwande-rung zum Zweck der Erwerbstätigkeit nur dann zugelassen wird, wenn der Zuwan-derer über einen Arbeitsplatz in Deutsch-land verfügt. Das im August 2012 einge-führte Visum zur Arbeitsplatzsuche für sechs Monate erleichtert es potenziellen Zuwanderern, einen Arbeitsplatz in Deutschland zu finden, und die sogenann-te Blaue Karte EU bietet attraktive Auf-enthaltsbedingungen für hochqualifizierte Fachkräfte.

Das kanadische System, das weitgehend auch ein Arbeitsplatzangebot voraussetzt und in dem zusätzlich noch eine Auswahl über ein Punktesystem erfolgt, ist keine Option für Deutschland. Das vorgeschalte Auswahlverfahren, in dem verschiedene Kriterien mit Punkten bewertet werden, ist zeitaufwändig und bürokratisch.

Mit unserem System ist demgegenüber ein kurzes Verfahren und damit eine zeitnahe Besetzung offener Stellen gewährleistet, was insbesondere auch im Interesse der Wirtschaft liegt.

Das System der USA mit den verschiede-nen Visumsarten zur Erwerbstätigkeit äh-nelt dem deutschen System, bleibt aber mit den Möglichkeiten des dauerhaften

Verbleibs in den USA weit hinter den Möglich-keiten zurück, die wir in Deutschland für einen Daueraufenthalt bieten. Die amerikanische Green Card, die in einer Art Lotterie vergeben wird und kaum Anfor-derungen an die Qualifikation des Bewer-bers stellt, kann aus meiner Sicht kein Modell für uns sein. Wir wollen die Zu-wanderung in den Berufen zulassen, in denen wir einen Fachkräftemangel haben. Das kann mit einem Zulassungssystem, das keine berufliche Qualifikation erfordert, nicht erreicht werden.

6 Übertreiben wir es nicht manchmal etwas mit der political correctness, wenn wir von Menschen mit Migrati-onshintergrund reden oder darüber debattieren, ob es künftig noch ein Zigeunerschnitzel auf der Speisekarte geben soll?

Meines Erachtens müssen wir uns alle um ein gedeihliches Miteinander bemühen. Das schafft man am ehesten dann, wenn man sein Gegenüber respektiert und nicht willentlich kränkt oder vorführt. Vor die-sem Hintergrund hat der etwas hölzern klingende Ausdruck „Menschen mit Migra-tionshintergrund“ schon seine Berechti-gung. Dabei ist es wichtig, und das habe ich in meinen Gesprächen in den letzten Wochen immer verdeutlicht, dass dieser Migrationshintergrund über die Generati-onen verblasst: In Deutschland geborene Nachkommen von Migranten haben strenggenommen keinen eigenen Migrati-onshintergrund. Ich denke, es kommt des-halb hier, wie auch häufig sonst im Leben, darauf an, den richtigen Mittelweg zu fin-den und sensibel dafür zu sein, wie sich die Menschen selbst wahrnehmen – und das auch akzeptieren. ■



AUSGEZEICHNET

M&M RATING
PflegeTagegeld

MORGEN & MORGEN

DFV Deutsche
Familienversicherung AG
Tarif VPV VolksPflege Stand: 07/2013
Premium ID: D 20058

In Kooperation mit



Private Pflege-Zusatzversicherung?

Mit der ausgezeichneten VPV VolksPflege auf Nummer sicher gehen

VPV VolksPflege Premium – der Testsieger mit 5 Sternen*

- > Weltweite Pflegeleistung
- > Leistung auch bei Demenz (Pflegestufe 0)
- > Nur bei der VPV: Integrierte Familienpflegezeitversicherung
- > 100 % Leistung auch bei Pflege zu Hause und durch Angehörige



Der Vorsorgeberater seit 1827

* M&M 07/2013: 2 weitere Versicherer mit 5 Sternen ausgezeichnet

VPV VolksPflege Premium

Gleich ausfüllen und an uns zurücksenden oder per Fax an **0711/1391-6001**. Sie erreichen uns auch telefonisch unter **0711/1391-6294**

Bitte vereinbaren Sie mit mir einen Termin.

Name/Vorname

Straße/Hausnr. PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

VPV VERSICHERUNGEN

Kundenservice
Postfach 31 17 55
70477 Stuttgart

Ich bin damit einverstanden, dass mich die VPV zur Kontaktaufnahme zwecks eines Beratungsgesprächs zum Thema „Pflegeversicherung“ anrufen oder per E-Mail anschreiben darf. Diese Einwilligung kann jederzeit über die VPV Lebensversicherungs-AG, Kundenservice, Postfach 31 17 55, 70477 Stuttgart oder per E-Mail an: info@vpv.de widerrufen werden.

Der Westen und der Rest der Welt

Mit wirtschaftlichen wie militärischen Mitteln versucht der Westen, rund um den Globus seine Werte und Sicht der Dinge durchzusetzen. Wäre es nicht realistischer, auf diesen Versuch zu verzichten? Ein Plädoyer für einen Abschied vom westlichen Universalismus.

Seit mehr als 200 Jahren scheint die Geschichte der westlichen Welt untrennbar mit dem verbunden zu sein, was H.A. Winkler „das normative Projekt des Westens“ genannt hat. Seine bis heute gültige Formulierung hat dieses Projekt bereits Ende des 18. Jahrhunderts in den Gründungstexten der Amerikanischen und der Französischen Revolution erhalten. Fortan war – zumindest dem Anspruch nach – die Zugehörigkeit einer Nation zur westlichen Welt an die Anerkennung und Verwirklichung der unveräußerlichen Menschenrechte sowie der Prinzipien der Volkssouveränität, der Rechtsstaatlichkeit und der Gewaltentrennung geknüpft, und bis in die Gegenwart macht das Bekenntnis zu diesen aufklärerischen Idealen den Kern des westlichen Selbstverständnisses aus. Doch dem Projekt des Westens wohnt von Beginn an eine eigentümliche Ambivalenz inne: Auf der einen Seite hat der Westen seine revolutionären Errungenschaften stets als spezifisches Erbe der eigenen westlichen Kultur und Geschichte gleichsam exklusiv für sich reklamiert und gerade aus dieser Exklusivität seine Überlegenheit gegenüber der nicht-westlichen Welt abgeleitet. Auf der anderen Seite hat ihn dies aber nicht davon abgehalten, diesen als genuin westlich charakterisierten Idealen allgemeine Geltung zuzusprechen. Die amerikanischen und mehr noch die französischen Revolutionäre nahmen für sich in Anspruch, nicht nur im Namen ihrer

Landsleute, sondern zum Wohl der gesamten Menschheit für die Freiheit zu kämpfen.

Es ist dabei in erster Linie die Idee der Menschenrechte gewesen, die dem Projekt des Westens in der Folge seinen universellen Charakter verliehen hat. Eben weil die unveräußerlichen Menschenrechte von ihrer Natur her nur als für jedermann, ungeachtet seiner Herkunft, Nationalität und Rasse, geltend begriffen werden können, ist auch das auf ihnen basierende Projekt des Westens von Beginn an auf Universalität angelegt.

Das Zeitalter der Revolutionen am Ende des 18. Jahrhunderts ist mithin die Geburtsstunde jenes modernen Universalismus, der von der Überzeugung getragen wird, dass den revolutionären Idealen von Freiheit, Gleichheit und Demokratie in der ganzen Welt Geltung verschafft werden müsse.

Auch heute, über 200 Jahre später, bestimmt der Universalismus noch immer in entscheidendem Maße das Verhältnis des Westens zur nicht-westlichen Welt. Es sind nicht zuletzt die revolutionären Umbrüche im kommunistischen Ostblock in den Wendejahren 1989/90 gewesen, die sogar zu einer Renaissance des westlichen Universalismus geführt haben. Denn durch die Ereignisse in Osteuropa sah sich der Westen nicht nur in seinem Glauben an die Überlegenheit seines politischen und gesellschaftlichen Systems, sondern auch in einem Geschichtsbild bestätigt, das die Menschheitsgeschichte als einen Prozess der kontinuierlich fortschreitenden Ausbreitung der Freiheit versteht.

Der Untergang des Kommunismus als wichtigster weltanschaulicher und machtpolitischer Gegenspieler ließ die westliche Welt mit den USA als einzig verbliebener Supermacht an der Spitze auch ideologisch wieder in die Offensive rücken. Noch unter dem republikanischen Präsidenten George Bush, vor allem aber unter dessen demokratischem Nachfolger Bill Clinton wurde die aktive weltweite Förderung der



Demokratie („promotion of democracy“) wieder zum erklärten Ziel der westlichen Führungsmacht. Die damit einhergehende Bereitschaft zu humanitären Interventionen, mit denen schwere Menschenrechtsverletzungen gestoppt werden sollten (Haiti 1994 / Ex-Jugoslawien 1995), konnte zugleich auf die Unterstützung der europäischen Verbündeten rechnen.

Eine ganz neue Dimension hat diese interventionistische Politik dann infolge der Anschläge von 9/11 bekommen. Denn der Afghanistan-Feldzug zielte nicht nur darauf ab, kurzfristig mit Al Qaida die Keimzelle des islamistischen Terrors auszulöschen. Er stellte zugleich den erstmaligen Versuch des Westens dar, mit massiven militärischen Mitteln ein demokratisch verfasstes System in einem Land zu installieren, in dem keinerlei entsprechende Traditionen vorhanden waren.

Während der Westen unter dem Eindruck der eingestürzten Twin Towers in Afghanistan noch geschlossen agierte, galt dies für die nachfolgende militärische US-Intervention im Irak nur noch in sehr eingeschränktem Maße. Doch auch die scharfe europäische Kritik an dem vom damaligen US-Präsidenten G.W. Bush ausgerufenen „Kreuzzug gegen den Terror“ kann nicht den Konsens verdecken, der dies- und jenseits des Atlantiks hinsichtlich der grundsätzlichen Orientierung westlicher Außenpolitik herrscht.



Wenn diese am Anfang des 21. Jahrhunderts mehr denn je vom Anspruch beseelt ist, Demokratie und Menschenrechte über den Globus zu verbreiten, kann sie sich der Zustimmung praktisch der gesamten politischen Klasse von den amerikanischen Neokonservativen bis hin zur europäischen Linken ebenso wie großer Teile der veröffentlichten Meinung sicher sein.

Die Selbstgewissheit, mit der der Westen sein Zivilisationsmodell in die Welt hinausgetragen hat, war dabei stets auch Ausdruck seiner politischen und wirtschaftlichen Vormachtstellung, die ihrerseits seinen universalistischen Ansprüchen über Jahrhunderte ein realpolitisches Fundament verliehen hat. Im Zeitalter der Globalisierung aber geht diese westliche Dominanz unweigerlich ihrem Ende entgegen. Denn der Westen sieht sich einer Phalanx von asiatischen und lateinamerikanischen Staaten gegenüber, die aus ihrem ökonomischen Erfolg und ihrer demografischen Stärke ein wachsendes Selbstbewusstsein und auch ein Mitspracherecht in der Weltpolitik ableiten.

Wenn aber der Westen in der multipolaren Welt der Gegenwart seine hegemoniale Stellung mehr und mehr verlieren wird, dann sollte er auch seine Politik gegenüber der im Aufstieg begriffenen nicht-westlichen Welt, dem „rising rest“, grundsätzlich überdenken. Dabei gilt es auch zu

berücksichtigen, dass mit dem Ende der Vorherrschaft des Westens in zunehmendem Maße auch die Überlegenheit seines politischen und gesellschaftlichen Systems in Zweifel gezogen werden wird. Zwar hat mit dem Kapitalismus die westliche Form des Wirtschaftens ihren Siegeszug über den Planeten angetreten, doch geht damit durchaus nicht zwingend auch die weltweite Akzeptanz der westlichen Ideale von Demokratie und Menschenrechte einher. So stellt der Aufstieg von ökonomisch erfolgreichen, aber autoritär verfassten Ländern wie China oder Rußland die weitverbreitete These, wonach wirtschaftlicher Erfolg und politische Freiheit, Kapitalismus und Demokratie untrennbar miteinander verbunden seien, durchaus in Frage. Die multipolare Machtverteilung in der globalisierten Welt spiegelt sich vielmehr auch in einer Vielfalt von Zivilisationsmodellen wider, deren politische und gesellschaftliche Lebensformen durchaus nicht westlichen Vorstellungen entsprechen müssen. Am Anfang des 21. Jahrhunderts scheint daher für den Westen der historische Moment gekommen zu sein, sich endlich von seinem säkularen „Imperialismus des Universellen“ (P. Bourdieu) zu verabschieden und damit auch jene unselige Praxis der Missionierung zu beenden, die über Jahrhunderte hinweg sein Verhältnis zur nicht-westlichen Welt vergiftet hat.

Dabei wäre der Verzicht auf eine universalistisch inspirierte Außenpolitik weder als Zeichen der resignativen Selbstaufgabe des Westens zu verstehen, noch müsste damit eine Rückkehr zu einer rein interessengeleiteten Machtpolitik längst vergangener Zeiten verbunden sein.

Auch könnte der Westen weiter durchaus selbstbewusst auf der weltpolitischen Bühne für seine eigenen Ideale und Werte eintreten, ohne deshalb aber etwa einem großen Land wie China mit einer jahrtausendealten Kultur gegenüber als Lehrmeister in Sachen Demokratie aufzutreten. Doch vor allem sollte er sich wieder auf den Grundsatz besinnen, dass es nicht das Ziel von Außenpolitik sein kann, die innen-

politischen Verhältnisse in anderen Ländern grundlegend zu verändern. Ohnehin kann der Westen eine auf die Verbreitung von Menschenrechten und Demokratie ausgerichtete Politik schlechterdings nicht konsequent durchhalten. Denn diese gerät, wie gerade die westliche Politik gegenüber China eindrucksvoll zeigt, unweigerlich in Konflikt mit seinen im Zweifelsfall dann doch als vorrangig erachteten politischen und wirtschaftlichen Interessen.

Eine selektive Menschenrechtspolitik, die den Westen einerseits in Afghanistan auch im Namen der Frauenrechte militärisch intervenieren und ihn andererseits überaus eng mit einem Land wie Saudi-Arabien kooperieren lässt, in dem dieselben Rechte auf das Größte verletzt werden, aber schadet nicht nur seiner Glaubwürdigkeit in der Welt, sondern auch dem „normativen Projekt des Westens“ insgesamt.

Ob dieses Projekt jemals auf globaler Ebene seine Vollendung finden wird, die Beantwortung dieser Frage sollte getrost dem Gang der Geschichte überlassen werden. In der Zwischenzeit aber wäre der Westen gut beraten, seiner Politik bescheidenere und zugleich realistischere Ziele zu setzen. ■

Die deutlich längere Originalfassung dieses Artikels ist am 7.10.2013 in der „FAZ“ erschienen: <http://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/globalisierung-the-west-and-the-rest-12606182.html>

Der Autor:
Professor Dr. Volker Steinkamp
lehrt französische und italienische Literatur- und Kulturwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen.



Reisetermin:

**29.10. bis
09.11.2014**

Reiseleistungen:

- Flüge Frankfurt / Johannesburg – Kapstadt / Frankfurt mit der nationalen Fluggesellschaft South African Airways in der Economy-Class
- Inlandflug Johannesburg – Kapstadt mit South African Airways in der Economy-Class
- Flughafensteuern, Kerosinzuschläge und Luftverkehrsabgabe von zurzeit EUR 398,- pro Person (Stand 02/14)
- 9 Übernachtungen in Hotels und Lodges der guten Mittelklasse im Doppelzimmer
- Halbpension
- Rundreise und Ausflüge im modernen, klimatisierten Reisebus
- Programm lt. Ausschreibung mit örtlicher, deutschsprachiger Reiseleitung ab/bis Johannesburg und ab/bis Kapstadt
- Eintrittsgelder zum Programm
- Gepäckträgergebühren in den Hotels
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise

Nicht im Preis enthalten:

- Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben
- Trinkgelder
- Zusätzliche Versicherungen

Reisepreise:

EUR **2.495,-**

Preis p. P. im Doppelzimmer*

Einzelzimmer-Zuschlag:
EUR 333,-

Aufpreis für Zubringerflüge inklusive Sicherheitsgebühren (z.B. ab/bis Düsseldorf oder Hamburg): EUR 150,- p. P.

* bei Zweierbelegung

Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt zum Preis von EUR 95,- pro Person.

(Die Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

SÜDAFRIKA



Eine Reise durch Südafrika gleicht wegen der Größe des Territoriums und seiner landschaftlichen Vielfalt einer „Weltreise durch ein Land“. Sie erkunden das Gebiet von Johannesburg bis zur südlichsten Spitze Afrikas, dem Kap der Guten Hoffnung, wo sich Atlantik und Indischer Ozean treffen. Auch ein Ausflug nach Stellenbosch, dem wohl bekanntesten Weinanbaugebiet Südafrikas, lohnt einen Besuch. Zahlreiche Bauwerke erinnern hier an die niederländischen Ursprünge.

Ein wahrer Schatz Südafrikas ist die in weiten Teilen unberührte Landschaft. Sie werden erstaunliche Naturdenkmäler wie den Blyde River Canyon und die großen Granitfelsen in Paarl erleben. Und natürlich nehmen wir uns auch ausreichend Zeit, bei Safaris die einzigartige Tier- und Pflanzenwelt Südafrikas in freier Wildbahn zu erkunden.



Der Reiseverlauf:

29.10.2014: Flug von Frankfurt (Zubringerflüge ab vielen deutschen Flughäfen möglich) nach Johannesburg.

30.10.2014: Sie erreichen Johannesburg, wo Sie bereits von der örtlichen deutschsprachigen Reiseleitung erwartet werden. Gemeinsam fahren Sie zur **Heia Safari Ranch**, Ihrer Unterkunft ausserhalb von Johannesburg. Der Rest des Tages steht Ihnen zum Erholen und Entspannen oder für erste Tierbeobachtungen zur Verfügung. Am Abend laden wir Sie zu

einem landestypischen Barbecue (südafrikanisch = Braai) ein.

31.10.2014: Am Morgen besuchen Sie zunächst das 50 Kilometer von Johannesburg entfernt gelegene **Pretoria** mit herrlichen Gärten und Parks. Die Regierungshauptstadt Südafrikas wurde 1855 gegründet. Ihre Geschichte ist eng mit den Pioniertagen der Republik Transvaal des Burenpräsidenten Paul Kruger verbunden. Auf einem Hügel vor der Stadt liegt eines der wichtigsten Nationalmonumente Südafrikas, das Voortrekker-Denkmal.



Flüge:

Ab/bis Frankfurt (Anschlussflüge von vielen deutschen Flughäfen möglich)



Besichtigungen:

Ausflugsprogramm und Safaris mit qualifizierter deutschsprachiger Reiseleitung



Übernachtungen:

in Hotels und Lodges der guten Mittelklasse



Es zeigt die in Stein geschlagene Geschichte der Pioniere. Ihre Stadtrundfahrt führt Sie auch zum Paul-Kruger-Haus und zum Regierungsgebäude. Von hier haben Sie eine gute Aussicht auf die Stadt und die Gartenanlage.

Danach machen Sie sich auf den Weg Richtung Ost-Transvaal und erreichen den Kruger National Park, einen der größten Natur- und Wildreservate der Erde. In diesem intakten Ökosystem erleben Sie inmitten einer farbenprächtigen Landschaft den Zauber der afrikanischen Tierwelt. Übernachtung im Skukuza Camp.

01.11.2014: Diesen Tag verbringen Sie im **Kruger National Park**. Das bedeutendste und älteste Naturschutzgebiet Südafrikas besteht seit mehr als 100 Jahren. Der Park erstreckt sich über eine Fläche von ca. 20.000 qkm entlang der Grenze von Mosambik zwischen dem Crocodile River im Süden und dem Limpopo Fluss im Norden. Die Nord-Süd-Ausdehnung beträgt ca. 325 km, die Breite schwankt zwischen 40 und 80 km. Mit ein wenig Glück sehen Sie hier Löwen, Elefanten, Giraffen und Büffel, Impalas, Gnus und Warzenschweine in freier Wildbahn.

Ihr Weg heute führt Sie vom Skukuza Camp in den Norden in das Olifants Camp, wo Sie die nächste Nacht verbringen werden.



Beachten Sie bitte: Deutsche Staatsbürger sind für einen Zeitraum von neunzig Tagen von der südafrikanischen Visumpflicht befreit. Eine Besuchergenehmigung, das sogenannte „visitor's permit“ für einen Zeitraum, der drei Monate nicht überschreitet, demzufolge bei der Einreise in die Republik Südafrika, z.B. an einem internationalen Flughafen, ausgestellt werden, vorausgesetzt er kann dem Einreisebeamten die folgenden Dokumente vorlegen: Einen noch mindestens dreißig Tage über die Ausreise aus der Republik Südafrika gültigen Reisepass mit mindestens einer freien Seite für Sichtvermerke, Unterlagen, die den Zweck und Dauer des Aufenthalts bestätigen, vorbehalten. Die Mindestteilnehmerzahl, die bis 8 Wochen vor Reisebeginn erreicht sein muss, beträgt 20 Personen. Es gelten die Reisebedingungen des verantwortlichen Veranstalters Terramundi GmbH.

02.11.2014: Heute geht es noch einmal auf Safari, bevor Sie den Kruger National Park verlassen und sich weiter auf den Weg nach **Blydepoort** machen. Der Ort ist in der Nähe des berühmten Blyde River Canyon's gelegen und ein sehr guter Ausgangspunkt für eine Fahrt auf der berühmten Panorama-Route. Hier werden Sie für die nächsten zwei Nächte im Crystal Springs Hotel wohnen.

03.11.2014: Folgen Sie der Panorama-Route, die ihren Namen den grossartigen landschaftlichen Szenarien entlang des Weges verdankt. Der **Blyde River Canyon** ist ca. 26 Kilometer lang und mehr als 800 Meter tief. Damit ist er der drittgrößte Canyon der Welt und gilt als eines der Naturwunder Südafrikas. Die „Three Rondavels“ bieten ein fantastisches Fotomotiv und erscheinen, je nach Sonnenstand, in unterschiedlichen Farben. Der Blick über die mit Flechten bewachsene Schlucht, den tiefblauen Stausee und das weite Lowveld im Hintergrund ist einfach überwältigend. Eine grandiose Aussicht über das Lowveld bieten auch die Aussichtspunkte Pinnacle Rock und God's Window. Sie machen Halt im alten Goldgräberdorf **Pilgrim's Rest**, das zum Nationaldenkmal erklärt wurde. Das liebevoll restaurierte Dorf wirkt wie ein einziges großes Freilicht-Museum: Eine kurze Dorfstraße, links und rechts ein paar Wohnhäuser, Geschäfte, eine Bank, ein kleines Museum – das ist Pilgrim's Rest. Grasskop gilt als Endpunkt der Panorama-Route, von hier aus machen Sie sich nach einem ereignisreichen Tag zurück auf den Weg nach Blydepoort, zum Hotel.

04.11.2014: Nach dem Frühstück verlassen Sie Blydepoort und machen sich wieder auf den Weg nach Johannesburg, wo Sie für Ihren Flug nach Kapstadt einchecken. Am Flughafen in Kapstadt werden Sie von Ihrem deutschsprachigen Reiseleiter für Kapstadt begrüßt. Anschließend fahren Sie gemeinsam in das Hotel On St. Georges in Kapstadt.

05.11.2014: Am Vormittag besichtigen Sie **Kapstadt**, von der viele behaupten, sie wäre die schönste Stadt der Welt. Auf Ihrem Programm steht u. a. ein Spaziergang durch die Gartenanlage „Company's Garden“. Danach sehen Sie das Parlamentsgebäude und das Malaien-Viertel Bo-Kap. Die unverwechselbaren Pastellfarben und Verzierungen mit gemalten Säulen und Eisengittern sind ein Markenzeichen dieses Viertels. Wenn es das Wetter zulässt, fahren Sie anschließend mit der längsten freischwebenden Seilbahn der Welt auf den 1.087 Meter hohen **Tafelberg**. Auf dem Gipfel breitet sich ein Plateau aus, das von zahlreichen Wander- und Spazierwegen durchquert wird. Der Blick von hier oben auf die Stadt und den Hafen ist überwältigend. Der Nachmittag steht Ihnen zur freien Verfügung. Wie wäre es mit einer Hafentour an der Waterfront, einem Stadttummel, begleitet von der Live-Unterhaltung der Straßenkünstler, einer Auszeit in einem der zahlreichen Cafe's oder einem Ausflug mit der Fähre in die Vergangenheit, zur Gefangeneninsel Robben Island?

06.11.2014: Eine Fahrt zum **Kap der Guten Hoffnung** ist ein abso-

lutes Muss für jeden Südafrika-Besucher. Wenn befahrbar, folgen Sie dem **Chapman's Peak Drive** und erreichen das Cape of Good Hope Nature Reserve. Es bietet auf einer Fläche von 2.250 Hektar Platz für unzählige einheimische Pflanzen und Tiere wie Paviane, Zebras, Bonteboks, Elands, Steinböcke und über 150 Vogelarten. Am Ende des Reservats befindet sich Cape Point. Vom Aussichtspunkt am Leuchtturm haben Sie einen phantastischen Blick auf das Kap der Guten Hoffnung. Anschließend fahren Sie zum nahe gelegenen Boulder's Beach bei Simonstown, wo Sie die einzige **Pinguinkolonie** Afrikas besuchen. Ein weiteres Highlight des Tages ist Ihr Besuch des weltberühmten Botanischen Gartens **Kirstenbosch**, in prächtiger Umgebung an den Osthängen des Tafelbergs gelegen. Die Gärten dienen zur Bewahrung der Pflanzenwelt des südlichen Afrikas und beheimaten etwa 6.000 verschiedene Arten. Das ganze Jahr über empfängt Sie hier ein vielfarbiges Meer aus Blumen, Sträuchern und Bäumen. Rückkehr nach Kapstadt.

07.11.2014: Heute besuchen Sie die lokale Weinregion und besichtigen zunächst **Stellenbosch**, nach Kapstadt die zweitälteste Stadt des Landes. Das Weinland um Stellenbosch ist nicht nur eines der bekanntesten Weinbaugebiete Südafrikas, sondern auch das älteste und landschaftlich reizvollste. In den von mächtigen, schattenspendenden Eichen gesäumten Straßen finden sich viele gut erhaltene kap-holländische, georgianische und

viktorianische Bauten – architektonische und historische Schmuckstücke. Die afrikaanssprachige Universität nimmt eine bedeutende Stellung in der Politik und Kultur der Buren ein. In Stellenbosch laden wir Sie zu einer ersten Weinprobe ein. Dann geht es weiter nach **Franschhoek**, wo Sie das Hugenotten-Museum besuchen können (nicht im Preis enthalten). Oder nutzen Sie die Zeit für einen Spaziergang durch den wunderschönen kleinen Ort. Am Rande von Franschhoek erwartet Sie eine zweite Weinverkostung. Via **Paarl**, benannt nach den großen Granitfelsen, die bei bestimmten Wetterverhältnissen wie Perlen glitzern, geht es dann wieder zurück nach Kapstadt.

08.11.2014: Der Vormittag steht Ihnen zur freien Verfügung. Je nach Abflugzeit Transfer zum Flughafen Kapstadt und Rückflug nach Frankfurt (via Johannesburg).

09.11.2014: Ankunft in Frankfurt und ggfs. Weiterflug zum Ausgangspunkt Ihrer erlebnisreichen Reise nach Südafrika.

Auskunft und Buchung:



Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefon: 0 23 69 / 9 19 62 - 0
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:

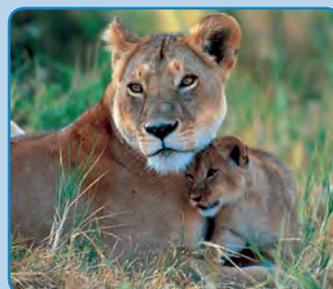


REISEANMELDUNG

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

TERRAMUNDI GmbH

Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de



JA, ich möchte mit unten aufgeführten Teilnehmern an der Reise nach **SÜDAFRIKA** teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung an u.a. Adresse.

| | |
|--|--------------|
| Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 = Rechnungsanschrift) | Geburtsdatum |
| Straße, Hausnummer | |
| PLZ, Ort | |
| Telefon mit Vorwahl | E-Mail |
| Name, Vorname (Teilnehmer/in 2) | Geburtsdatum |

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise.

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Datum, Unterschrift

Reiseziel: **SÜDAFRIKA**

Termin: **29.10. bis 09.11.2014**

Preise: **EUR 2.495,- p. P. im DZ***

Einzelzimmer-Zuschlag:
EUR 333,-

Zuschlag für Zubringerflüge inklusive Sicherheitsgebühren:

EUR 150,- pro Person

Reiserücktrittskosten-Versicherung: **EUR 95,-**

Gewünschte Zubringerflüge ab/bis**:

**nach Verfügbarkeit, bitte beachten
Sie evtl. Zuschläge

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: **DZ** = Doppelzimmer • **EZ** = Einzelzimmer • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung

Teiln. 1 DZ EZ RV

Teiln. 2 DZ EZ RV

(* bei Zweierbelegung)

Eine junge Redakteurin der Tageszeitung „Rheinische Post“ schrieb im vergangenen November einen sorgenvollen Beitrag über eine „Altenrepublik“, in der immer weniger junge Leute die Rentenlasten der älteren Generation tragen müssen. Die Antwort eines 63-jährigen Kollegen wollen wir Ihnen nicht vorenthalten ...



Rente:
„Kein
Geschenk der
Jüngeren“

Aha, dachte ich: Generationen-Konflikt! Gekniffene Junge gegen verhätschelte Alte! Mein zweiter Gedanke galt meinem Vater. Er war 1947 in dem Alter der geschätzten Kollegin, die sich um ihre Zukunft ängstigt und schreibt, ihre geplagte Generation sei in einer Zeit voller Krisen aufgewachsen. Als mein Vater mit 27 aus französischer Kriegsgefangenschaft in sein zertrümmertes Elternhaus zurückkehrte, lag Fürchterliches hinter ihm, stand Herausforderndes vor ihm: Vollwaise mit 18, Verzicht auf das Berufsziel Rechtsanwalt, Hitler-Diktatur, vier Jahre Russland, zwei Jahre Kriegsgefangenschaft, Wiederaufbau von Haus und Geschäft, Heirat, Geburt der Söhne, bald schon Übernahme ehrenamtlicher Führungsaufgaben in seiner Vaterstadt Viersen.

Unter ein Foto, das Klassenkameraden und mich nach dem Empfang unserer Abi-Zeugnisse zeigt, schrieb mein Vater: „In wenigen Jahrzehnten sind auch sie alte Herren.“ Ob man das ist, jetzt, mit Ende 63? Aus der Perspektive einer 27-Jährigen sicherlich. Was mir noch durch den Kopf ging bei der Lektüre von Zukunfts-Alpträumen einer Jüngeren, war die Beobachtung eines klugen Landmannes. Danach sind wir Deutsche verkehrte Clowns: in der Garderobe hochvergnügt und bester Dinge, doch vor Publikum den Griesgram herauskehrend. Zugegeben, diejenigen, die stets das Schlimmste befürchten, findet man unter Senioren weit häufiger als bei Junioren. Umso verstörender sind Ausnahmen von dieser Regel. Wenn dem Menschen spätestens mit 65 der fix abschnur-

rende Lebensrest bewusst wird, häufen sich Melancholien, und es bewahrheitet sich, was der große Künstler Salvador Dalí ironisch bemerkte: Das größte Übel der heutigen Jugend bestehe darin, dass man nicht mehr dazugehöre.

Ein Gespenst geht um in Westeuropa

„Das Alte stürzt. Es ändert sich die Zeit“ (Schiller). Es gibt Jüngere, die sich auf den Kriegspfad der Generationen begeben und sich fragen: Warum, zum Teufel, will das Alte nicht weichen? Warum macht es sich in Politik, Parteien, Wirtschaft breit? Warum zahlt es nicht für uns, die wir das Leben vor uns haben, einen Enkel-Soli? Die dahinter verborgene Vorstellung, die ältere Generation vertilge fröhlich schmatzend Unmengen vom Zukunfts-Kuchen, während für die „Generation Praktikum“ Krümel und obendrein das Bauchgrimmen reserviert blieben, ist skurril. Natürlich gibt es überdrehte Luxus-Senioren, die meinen, der Anspruch auf dreimaligen Jahresurlaub ab 60 gehöre ins Grundgesetz, aber nicht das Recht der Jüngeren auf solide Lebensperspektiven. Genauso real sind allerdings das Wort von der zunehmenden Altersarmut sowie die Prognose, dass in wenigen Jahrzehnten zwei Renten-Beitragszahler auf einen Rentenempfänger kommen könnten. Nach dem Krieg war das Verhältnis 6 : 1.

Ein Gespenst geht um in Westeuropa. Es ist nicht mehr der Kommunismus, sondern der demografische Wandel. Die kommende Altenrepublik Deutschland ist nicht

von den Alten gemacht. Denen war auch in karger Zeit Kinderkriegen etwas Selbstverständliches. Mit dem (relativen) Wohlstand schlich sich Unbehagen ein sowie der Gedanke, Kinder könnten mehr Beschwer als Gewinn bedeuten. Tuscheln nicht viele von denen, die sich um ihre sichere Rente in 35, 40 Jahren sorgen, über die Risikogruppe von Familien mit drei und mehr Kindern?

Weinerlichkeit sollte ein Tabu sein

Die Jugenderwerbslosigkeit ist in Deutschland minimal – eine Leistung der Älteren in Wirtschaft und Politik. Die individuelle Arbeitsplatz-Sicherheit bei guter Bezahlung nimmt jedoch ab. Hier wird ein großer Teil der jungen Generation, gerade der Leistungsfähigen und -willigen, mit Hinweisen auf Globalisierung, Flexibilisierung, ökonomische Zwänge benachteiligt – von arrivierten Älteren, die das Ärgste im Lebenskampf hinter sich haben oder es beim abgesicherten Aufstieg nie erfahren mussten. Hier möchte man den Jüngeren raten: Steht auf, streitet für eure Rechte, schließt euch Parteien an, auf dass diese verjüngt werden. Nur, bitte, jammert nicht. Weinerlichkeit sollte für Jüngere, so sie bei Kräften sind, ein Tabu sein.

Eine Bitte: Bestreitet der Eltern- und Großeltern-Generation nie das Recht, in Würde zu altern, einen auskömmlichen Lebensabend zu verbringen und – ja, auch das – von den Früchten zu essen, die ihr in vielen Berufsjahrzehnten zugewachsen sind. Erweckt nicht den falschen Eindruck, als sei Rente ein Geschenk der Jüngeren an

die Älteren. Würde das Ruhegehalt so verstanden, dann müsste eine humane Gesellschaft unruhig werden.

Eine Mär, die hartnäckig ist

Was ist nun mit den egozentrischen Alten, welche die Früchte ihrer Arbeit komplett verzehren, ihren Nachgeborenen nichts übrig lassen? Die Erbmasse steigt in Deutschland von Jahr zu Jahr. Die Mär von den gierigen Alten mag durch wenige unangenehme 60-Plus-Exemplare am Leben erhalten bleiben. Eine Mär bleibt es dennoch. Denn der großen Mehrheit der Mütter und Väter, der Omas und Opas liegt nicht nur das Wohl ihrer Kinder und Enkel am Herzen; sondern sie stützt auch die Jüngeren – durch tätige Sorge um deren Nachwuchs und gar nicht so selten auch durch finanzielle Hilfestellung.

Eine „Her-mit-der-Kohle“-Mentalität, mit der Jüngere sowohl die Politik als auch die ältere Generation zu traktieren versuchten, wäre eine neue Form des Klassenkampfes mit den üblichen Verzerrungen: wir Armen – ihr Reiche. Es stimmt, dass nicht die Zwanzigjährigen in Deutschland Billionen an Schulden angehäuft haben. Ebenso wahr ist aber, dass den Schulden volkswirtschaftliches Vermögen und reißfeste soziale Netze gegenüberstehen, die in die ökonomische Gesamtrechnung gehören.

Schließlich: Überproportional viele ältere Sparer und Lebensversicherungsnehmer schultern schon jetzt die Last einer Niedrigzins-Politik. Und: Wer mangelnde Zukunftsinvestitionen zugunsten der Jugend und Milliardenhilfen zur Bewältigung der Finanzkrise in einen Zusammenhang presst, dem sei der alte Wallenstein entgegengehalten: „Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.“ ■

Reinhold Michels

Der Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Tageszeitung „Rheinische Post“, dort arbeitet der Autor **Reinhold Michels** als Ressortleiter Innenpolitik.

Länger produktiv im Alter:

Flexibel in den Ruhestand ...?

Angesichts des demografischen Wandels wollen nicht nur Politiker Renteneintritt und Lebenserwartung koppeln. Eine Studie des Berlin-Instituts beleuchtet, wie sich die Erwerbstätigkeit unter älteren Menschen erhöhen lässt.

Der demografische Wandel wird in den kommenden Jahren überproportional die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter betreffen. Denn weil die Zahl der Arbeitskräfte schneller zurückgeht als die der Gesamtbevölkerung, würde bei gleicher Leistung der Erwerbstätigen weniger für jeden Einzelnen übrig bleiben – und die Sozialkassen würden stärker belastet.

Richtigerweise, so argumentiert das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, verfolgt die deutsche Politik seit geraumer Zeit verschiedene Anpassungsstrategien, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Eine davon besteht darin, ältere Menschen stärker als bislang in das Erwerbsleben einzubinden. Dazu gehören einerseits die Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters und andererseits Anreize für Menschen im höheren Erwerbsalter, die in der Vergangenheit relativ selten eine Beschäftigung gesucht haben. Erste Erfolge dieser Politik haben sich bereits eingestellt.

So ist die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen zwischen 2002 und 2012 von 38,6 auf 61,5 Prozent gestiegen – vor allem den Frauen sei Dank. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit im vorderen Mittelfeld. In anderen Bereichen bleibt Deutschland dagegen weiter zurück. So arbeiten hochqualifizierte Ältere deutlich häufiger als Menschen mit geringer Qualifikation, zudem sind die Chancen auf Wiederbeschäftigung für ältere Arbeitslose eher gering.

Die Erwerbstätigkeit älterer Menschen weiter zu erhöhen ist zwar eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine besonders wichtige Rolle fällt jedoch der Politik zu, meint Dr. Reiner Klingholz, seit 2009 Vorstand des Berlin-Instituts (vgl. auch *Souverän 4-2014, S. 26/27*). Sie könne die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass mehr Ältere dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und dass die Betriebe die Arbeitskraft der Älteren stärker nachfragen.

Um Ersteres zu erreichen, sollte der Staat vor allem die verbleibenden Anreize zur Frühverrentung tilgen und darüber hinaus an der Rente mit 67 festhalten. Langfristig sollten sich weitere Steigerungen bei der Lebenserwartung 65-Jähriger automatisch in einem höheren Renteneintrittsalter niederschlagen. Um das Verhältnis von Erwerbsleben zu Ruhestand konstant bei 2 zu 1 zu halten, biete es sich an, so Klingholz, von jedem zusätzlich gewonnenen

Fortsetzung auf Seite 26

DAS ZITAT

Die Senioren-Union kann nicht verhindern, dass wir älter werden. Aber die Senioren-Union kann verhindern, dass wir uns dabei langweilen.

Helmut Maile, Vorsitzender der SU Fellbach



Lebensjahr acht Monate dem Berufsleben zuzuteilen und vier Monate der Ruhestandsphase.

Eine höhere Zahl an älteren Arbeitskräften ließe sich auch erreichen, indem flexible Möglichkeiten des Übergangs in den Ruhestand ausgebaut werden. Hierzu sollte sie vor allem das bislang wenig genutzte Instrument der Teilrente attraktiver gestalten. Gerade die starren Hinzuverdienstgrenzen sollten gelockert werden.

Wie aber ließe sich die Nachfrage nach älteren Arbeitskräften steigern? Hierzu bietet es sich nach den Vorstellungen des Berlin-Instituts einerseits an, mit Info-Kampagnen dem in den meisten Fällen unbegründeten Vorurteil entgegenzuwirken, dass Ältere weniger leistungsfähig sind. Allein mit Aufklärungsarbeit werde sich die gerade unter Älteren verbreitete Langzeitarbeitslosigkeit aber nicht bekämpfen

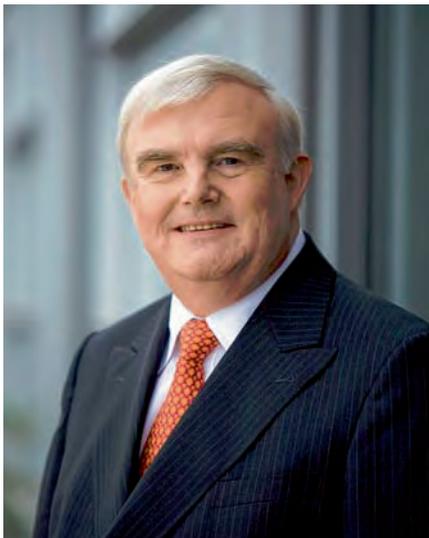
lassen. Hier sei vielmehr die aktive Arbeitsmarktpolitik gefragt. So könnten befristete Lohnsubventionen den Wiedereinstieg ins Berufsleben fördern, indem sie es Arbeitgebern ermöglichen, bei vergleichsweise geringem Risiko neue Arbeitskräfte einzustellen. Auch Weiterbildungsmaßnahmen könnten Erfolg zeigen, wenn sie berufs- und praxisnah gestaltet werden.

Weiterbildung sollte nach Möglichkeit allerdings nicht erst geschehen, wenn Personen arbeitslos geworden sind, so Instituts-Vorstand Klingholz. Vielmehr müssten Beschäftigte sich im Sinne des lebenslangen Lernens kontinuierlich fort- und weiterbilden. Dies könne der Staat über finanzielle Anreize unterstützen, die speziell jene Gruppen ansprechen, die bislang selten an Weiterbildung teilnehmen. Hierzu zählten vor allem Geringqualifizierte und Beschäftigte in Kleinunternehmen. ■

Weitere Infos zum Thema:

Auch die Körber-Stiftung in Hamburg bietet interessante Informationsmaterialien zum Thema „Produktiv im Alter“, z.B. eine Broschüre namens „Länger leben – länger arbeiten“, die neben Handlungsempfehlungen auch Beispiele von Unternehmen aufzeigt, die dem demografischen Wandel aktiv begegnen. Diese und andere Publikationen zum Thema stehen als Pdf zum Download bereit unter:

www.koerber-stiftung.de,
Button: Medien/Downloads
zum Schwerpunkt „Alter neu erfinden“.



WILLKOMMEN Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann

Der persönlich haftende Gesellschafter der Peter Kölln KGaA, Elmshorn, von 2009 bis 2013 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), ist Mitglied der Senioren-Union der CDU, weil ...

„in die Tat umgesetzte Verantwortung für gesellschaftliche Belange nur generationsübergreifend funktioniert.“

Die Förderung nachberuflicher Tätigkeiten:

Zwei Wege – ein Ziel

Unter dem Eindruck des demografischen Wandels findet die Forderung nach sinnvollen nachberuflichen Tätigkeiten immer größere Beachtung. Im Rheinisch-Bergischen Kreis arbeitet die Senioren-Union kräftig daran mit, der oft theoretischen Diskussion einen konkreten Unterbau zu geben.

Wer oder was ist die potenzielle Zielgruppe für nachberufliche Tätigkeiten? Pragmatisch definiert handelt es sich um jenen Kreis von leistungsbereiten – aber aus dem Beruf ausgeschiedenen – Interessenten, deren Reaktivierung für die eigene Person, wie aber auch für die Wirtschaft und Gesellschaft sowie die sozialen Strukturen einen quantitativ und qualitativ beachtenswerten Gewinn darstellt. Auf der anderen

Seite gehört zur Zielgruppe auch jener Kreis von Unternehmen, gesellschaftlichen und sozialen Gruppen und Organisationen, die Arbeitsplätze oder Aktivitätsmöglichkeiten bieten, die dringend besetzt werden müssen.

Der nachhaltige Beschäftigungserfolg hängt bei diesen Bedingungen wesentlich davon ab, wie konkret einerseits das Arbeitsangebot ist und neuzeitlichen Bedingungen entspricht; andererseits, wie es dem Arbeitswilligen die Chance bietet, die ihn bewegenden Erwartungen – seien sie finanzieller oder ideeller Natur – hinreichend eindeutig zu erfüllen. Dieses „Einpassen“ der jeweiligen Erwartungen und Ansprüche erfordert in einem steigenden Maße ein besonderes Feingefühl für Individualität, Regionalität, Originalität, Mentalität u.v.a.m. Es macht die informierende und fördernde Unterstützung der maßgebenden und kenntnisreichen regionalen Institutionen und Einrichtungen unverzichtbar. Von besonderer Dringlichkeit ist dabei die Installierung von Plattformen des Informations- und Erfahrungsaustauschs,



sondern auszuweiten, klärt der Kreis zurzeit auf Anregung der Senioren-Union der CDU in mehreren Arbeits- und Berichtskreisen die Möglichkeiten und Formen ab, wie im Rahmen seines regional bezogenen Strukturprogramms 2020 diese Plattformarbeiten präzisiert, gestaltet und lebensnah wie dauerhaft aktiviert werden können (vgl. auch Souverän 2-2012, S. 20). Auf jeden Fall sollten die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (RBW), ausgewählte regionale Sozial-, Berufs- und Fachverbände sowie Bildungs- und Kulturinstitutionen in den Aktionskreisen mitwirken. Der Abschlussbericht sollte nach Auffassung von Holger Müller, dem Kreisvorsitzenden der hiesigen Senioren-Union und Fraktionsvorsitzenden der CDU Kreistagsfraktion, sowie dem Kreisdirektor, Dr. Erik Werdel, sobald als möglich vorgelegt und dem Kreistag zur Entscheidung zugeleitet werden.

Trotz aller Erfolge ist es aber kaum gelungen, jenen Kreis der dynamischen Lebensunternehmer anzusprechen, die aktiv sein wollen, aber noch keine befriedigende Tätigkeit gefunden haben oder aber eine sie nicht befriedigende Tätigkeit ausüben. Dieser Kreis lässt sich weder durch konkret fixierte Arbeitsangebote noch durch vorgeprägte Leistungswilligkeiten und Fähigkeiten auf dem wirtschaftlichen oder ehrenamtlichen Feld faszinieren. Ihn zieht – aus welchen Gründen auch immer – vorrangig die sie erfüllende Beschäftigung an. Sie hat meist problemlösenden und vielfach gemeinwohlfördernden Charakter und ist projektgebunden. Ob sie im entgeltlichen oder unentgeltlichen Rahmen oder in Selbstständigkeit oder im wirtschaftlichen bzw. sozialen Verbund realisiert wird, ist dabei von sekundärer Bedeutung.

Dieser Typ des Lebens-Unternehmers ist von hohen Ansprüchen und einer ausgesprochenen Entdeckerfreudigkeit erfüllt. Er ist bereit, da zu leisten, wo er gebraucht wird, oder sich dort zu etablieren, wo er richtungweisend ein neues Angebot und eine neue Nachfrage präsentieren und initiieren kann.

Der Kreis dieser Leistungspräsentanten ist aufgrund unmissverständlicher Indizien und vorliegender Erfahrungsberichte größer, unterschiedlicher und wirkungsvoller, als allgemein vermutet wird. Obwohl es für ihn weder Ortungs- noch Orientierungshilfen gibt.

Hier müssen Mittel und Wege gefunden werden, die sowohl die Suchenden ausfin-

dig machen – als auch ihnen gleichzeitig helfen, das Defizit gewahr zu werden, sich darauf einzustellen und mit den Problemen zu identifizieren. Dabei können nicht nur neue Leistungsfelder auf allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gebieten erschlossen werden, sondern u. U. auch neue Arbeitsplätze entstehen und neue Märkte eröffnet werden. So erhält das „Modern Age in Aktion“ progressiven und innovativen Sinn und dient der Stabilität und dem Fortschritt – vor allem in der Region.

In diesem positiven Sinn ist das ganzheitliche Konzept zu verstehen, das die der Senioren-Union nahestehende Fördergesellschaft FILIA mit der Beratungsgesellschaft Alpha & Omega P.R. in Zusammenarbeit mit dem Institut für Soziale Innovationen an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg unter Leitung von Prof. Chr. Zacharias angefertigt hat. Es enthält auch die Merkposten- und Schrittfolgenauflistungen, die zur erfolgreichen Projektgestaltung notwendig sind.

Die Besonderheit des Projekts ergibt sich aus seinem „Treppenstufencharakter“ und seinem Aufbau „von unten nach oben“. Es greift bekannte Fakten, erfolgreiche Überlegungen, Ideen und Impulse auf und verknüpft sie. Damit erweisen sich die Lösungsansätze als praktikabel und realistisch. Sie sind nicht das Ergebnis des allzu oft praktizierten „Überstülpens theoretischer Ableitungen“ oder irrealer Visionen auf konkrete Problemstellungen.

Beide hier aufgezeigten Wege ergänzen sich; sie sind Teile eines gesellschaftlichen Förderprojektes, das von älteren und erfahrenen Lebensunternehmern mitgestützt und -getragen wird. Sie wollen Vorbilder zeigen und Nachahmer motivieren und so neue Entwicklungen anstoßen. ■

um das Umsetzungsmanagement optimal zu fördern und zu unterstützen. Dazu gehören auch die Ausweitung der beruflichen Bildungsarbeit auf das Feld der nachberuflichen Tätigkeiten und deren Einbeziehung in den Katalog der Rücksichtnahmen.

Unzählige kommunale wirtschaftliche, soziale, kirchliche Verbände, Verbände und Organisationen haben auf dem Feld der Förderung nachberuflicher Tätigkeiten Hervorragendes geleistet. Das gilt insbesondere für den Rheinisch-Bergischen Kreis, der aufgrund seiner Randlage im Spannungsfeld vieler Großstädte vor besonderen Schwierigkeiten steht. Um hier die Erfolgssicherung nicht nur zu erhalten,

Der Autor:

Dr. Heinz-Dieter Mundorf war lange Jahre Hauptgeschäftsführer eines großen Einzelhandelsverbandes. Seit 1988 übt er unabhängige Beratungs- und Forschungstätigkeiten aus. Bei der Senioren-Union engagiert er sich u.a. als Mitglied im Kreisvorstand der SU Rheinisch-Bergischer Kreis.



DIE DEUTSCHLAND

DAS TRAUMSCHIFF



ZAUBER DES NORDENS



GRANDHOTEL AUF SEE

Sie ist Traumschiff im Fernsehen und Kult in der Wirklichkeit. Im Stil eines klassischen Ozeanliners erweckt die DEUTSCHLAND die traditionelle Salonkultur an Bord zu neuem Leben. Das schwimmende Grandhotel begleitet seine max. 480 Passagiere mit Glanz und unaufdringlichem Luxus durch die Welt – unter deutscher Flagge und fernab des Massentourismus. Zugleich genießen Sie unbeschwerter Urlaubstage voller Lebensfreude, persönlichen Service, der keine Wünsche offen lässt, und die Herzlichkeit des Original-Traumschiffs. Willkommen an Bord!

UNSER SOUVERÄN-SPECIAL:
5% Preisnachlass auf die Passage

TREUERABATT:

Für Kunden, die schon öfter mit der Reederei Peter Deilmann gefahren sind. Bitte fragen Sie uns nach dem Wiederholerrabatt.

NORWEGISCHER SOMMERNACHTSTRAUM

REISE 470 VON TRAVEMÜNDE NACH HAMBURG

29.05. – 12.06.2014 (15 TAGE)



REISE 470
JETZT SCANNEN &
MEHR ERLEBEN!



Eine klassische Norwegenreise, die keine Wünsche offenlässt, erwartet Sie. Lillesand mit seinen Patrizierhäusern ist ein Hafen, in den Sie nur ein kleines Kreuzfahrtschiff wie die DEUTSCHLAND bringen kann. Danach erkunden Sie Bergen, die heimliche Hauptstadt Norwegens, auf den Spuren von Edvard Grieg und den Hanseaten. Hier ist jetzt Festivalzeit und Bergen ist in Hochstimmung, die sich ganz sicher auf Sie übertragen wird.

Die folgenden Tage stehen im Zeichen der Fjorde. Die weltberühmten Landschaften des Geirangerfjords, der majestätische Sognefjord, die alte Königsstadt Trondheim und die majestätischen Steilwände des Trollfjords, um den sich seit Jahrtausenden Mythen und Legenden ranken: Auf dem Traumschiff sind Sie der Natur ganz nah.

Der hohe Norden Norwegens ist das Land der Mitternachtssonne. Sie taucht alles in ein faszinierendes Licht und begleitet Sie, während Sie Tromsø, das Nordkap und die Lofoten besuchen. Sie erleben die Postkartenmotive Norwegens zur besten Reisezeit. Schließlich werfen Sie noch einen Blick auf Ålesund, die Stadt des Jugendstils. Sie gilt als Juwel Norwegens und ist der letzte Liegehafen dieser großen Nordlandreise.



KURS WEISSES MEER

REISE 478 VON HAMBURG NACH HAMBURG

REISE 478

JETZT SCANNEN & MEHR ERLEBEN!



06.08. – 23.08.2014 (18 TAGE)



Diese Kreuzfahrt ist mehr als eine Nordlandreise. Sie verbindet auf besondere Weise sehenswerte Städte in Norwegen mit ausgedehnten Fjordfahrten. Am Svartisengletscher kommen Sie dem arktischen Eis ganz nah und verbringen einen Teil der Nacht im faszinierenden Polarlicht.

Und dann wird das Traumschiff seinem Ruf als Pionier einmal mehr gerecht. Erstmals besuchen wir die russischen Häfen Archangelsk und Uмба. Einen interessanten Tag verbringen Sie auf den Solowezki-Inseln mit ihrer wildromantischen Landschaft und nehmen Eindrücke mit nach Hause, wie man sie als Kreuzfahrtgast nur ganz selten erleben darf.

Nach diesem kleinen Abenteuer erwartet Sie der Eisbärenclub in Hammerfest und Norwegens Kulturstadt Bergen. Die hanseatischen Handelshöfe, die Kathedrale oder der Rosenkrantzturm: Auch historisch interessierte Gäste kommen hier auf ihre Kosten. Wanderer bevorzugen eine Fahrt mit der Floyenbahn und unternehmen ausgedehnte Spaziergänge mit Aussicht auf den Byfjord. Schöner kann eine Kreuzfahrt nicht enden.

PREISE PRO PERSON IN EURO

| Kat. | Kabine | Deck | Reise 470 | Reise 478 |
|------|-----------------------|------|-----------|-----------|
| A | Kabinett 2-Bett-innen | 4 | 3.890 | 4.380 |
| B | Kabinett 1-Bett-innen | 4 | 4.770 | 5.410 |
| C | Komfort 2-Bett-außen | 4 | 4.790 | 5.490 |
| D | Komfort 1-Bett-außen | 4 | 6.390 | 7.230 |
| E | Klassik 2-Bett-außen | 4 | 5.750 | 6.520 |
| F | Kabinett 1-Bett-innen | 5 | 5.470 | 6.190 |
| G | Komfort 2-Bett-außen | 5 | 6.030 | 6.830 |
| H | Klassik 2-Bett-außen | 5 | 6.590 | 7.480 |
| I | Klassik 2-Bett-außen | 7 | 7.440 | 8.410 |
| K | Klassik 2-Bett-innen | 8 | 4.910 | 5.570 |
| M | Klassik 2-Bett-außen | 8 | 7.850 | 8.870 |
| N | Luxus 2-Bett-außen | 8 | 8.680 | 9.820 |



BESTELL-COUPON FÜR SOUVERÄN-LESER

Bitte reservieren Sie für folgende Reise eine Kabine:

- Norwegischer Sommernachtstraum Travemünde – Hamburg (29.05.-12.06.14)
 Kurs Weißes Meer Hamburg – Hamburg (06.-23.08.14)

Name/Vorname _____

PLZ/Ort _____

Straße _____

Telefon/E-Mail _____

2-Bett-Kabine
 Einzelkabine
 Deck _____
 Preis pro Person _____

Bitte diesen COUPON ausschneiden und einsenden an:

Kleinmoor-Kreuzfahrten • Souverän-Leserreisen

Müllerweg 32 • 28865 Lilienthal

kleinmoor-kreuzfahrten@fano.at • Tel. Information: (04298) 417660

AUS DER SENIOREN-UNION



Im April 2013 musste **Michail Gorbatschow**, einer der Väter der Deutschen Einheit, einen Besuch bei der Senioren-Union in Berlin aus gesundheitlichen Gründen leider kurzfristig absagen. Nun lud er im Februar den Bundesvorsitzenden der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, nach Moskau in seine Stiftung ein. Bei dem über einstündigen, freundschaftlichen Gespräch, bei dem auch der Humor nicht zu kurz kam, äußerte Prof. Wulff den Wunsch, dass Michail Gorbatschow seinen Besuch in Berlin baldigst nachholen möge. Der ehemalige russische Präsident ging gerne darauf ein und sagte zu, in der zweiten Jahreshälfte zur Senioren-Union nach Deutschland zu kommen.

Anlässlich der Sitzung des Bundesvorstandes der Senioren-Union am 16. und 17. Dezember in Berlin hatte der Bundesvorsitzende Prof. Dr. Otto Wulff zu einem vorweihnachtlichen Abendessen in die Parlamentarische Gesellschaft eingeladen. Diese Veranstaltung bot einen wunderbaren festlichen Rahmen für die Verleihung der Konrad-Adenauer-Medaille an Dr. Bernhard Worms, den langjährigen Präsidenten der Europäischen Senioren-Union und ehemaligen Bundesvorsitzenden der Senioren-Union in Deutschland, seit 2002 deren Ehrenvorsitzender (siehe auch die Würdigung von Dr. Worms in der Souverän 4-2013, S. 33). Der Bundesvorstand hatte die Verleihung am Nachmittag auf Vorschlag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen einstimmig beschlossen.



Ein bisschen Wehmut

Alfons Gerling, 27 Jahre lang CDU-Landtagsabgeordneter in Hessen und weiterhin aktiv als einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Senioren-Union, schied im Januar als Abgeordneter aus dem Landtag in Wiesbaden aus. Er rechnet mit „Entzugserscheinungen“, freut sich aber auf die Pflichten eines Großvaters und die weitere Arbeit bei der Senioren-Union.



Nachruf

Am 19. Januar 2014 ist **Horst Heinschke** im Alter von 85 Jahren von uns gegangen. Die Senioren-Union verliert einen der treuesten und viele Jahre aktiven Mitstreiter. Bereits am 20. Mai 1987 gründete der ehemalige Sozialstadtrat und Abgeordnete als Seniorenbeauftragter der CDU die Senioren-Union Berlin. Viele Jahre war er ihr erster Vorsitzender. Seiner Initiative und Tatkraft ist es zu verdanken, dass der neue Landesverband an Bedeutung gewann. Horst Heinschke war mehrere Jahre stellvertretender Vorsitzender im Bundesverband der Senioren-Union. Daneben war er Kreisvorsitzender in Charlottenburg. Die Senioren-Union verdankt ihm viel. Horst Heinschke war eine starke Persönlichkeit, wir werden ihn nicht vergessen und stets ein ehrenvolles Andenken bewahren.



die lobby für kinder

In Kooperation mit dem

Deutschen Kinderschutzbund Bundesverband e.V.

Vorsorge und Schutz für kleine Leute

VPV Kinderschutzpaket

Finanzielle Sicherheit für die Zukunft sowie finanzielle Absicherung bei Krankheits- und Unfallfolgen

VPV

Der Vorsorgeberater seit 1827

www.vpv.de

Europäische Senioren Union:

Gedenksteine für das Friedenszentrum Oswiecim

Das von der Europäischen Senioren Union (ESU) unterstützte Projekt eines Friedenszentrums in Oswiecim (früher Auschwitz) macht Fortschritte. Im Herbst wird auch ein Gedenkstein aus dem Dom zu Münster übergeben werden.

Aus Deutschland sind bislang proportional die meisten Gedenksteine für Oswiecim gespendet worden. Sie sollen mit weiteren aus der ganzen Welt im „Gedenk- und Friedenshügel“ Ehrenplätze erhalten. Die meisten von ihnen stammen aus historischen Bauwerken. Der 2012 auf Anregung der Senioren-Union aus dem Dom zu Brandenburg an der Havel übergebene Gedenkstein ist über 500 Jahre alt. Sie alle werden als Zeichen der Verbundenheit mit den

und das Augustinerkloster zu Erfurt bis zur Klosterkirche und zur Webschule in Cottbus. Gespendet haben auch die Malteser-Kommende Ehreshoven, das Bonner St.-Adelheid-Gymnasium und der Landesfeuerwehrverband Brandenburg, dessen Ehrengabe die Bezeichnung „Stein aus märkischen Landen“ trägt.

Bundestagspräsident Norbert Lammert hatte 2010 einen Stein aus dem Mauerwerk des Reichstagsgebäudes (erbaut 1884 bis 1894) schneiden lassen und den Gästen aus Polen übergeben. Die hierin steckende besondere Symbolkraft brachte erst so richtig „die Steine ins Rollen“. Initiiert hatte die Zeremonie im Parlamentsgebäude der Präsident der Europäischen Senioren und Ehrenvorsitzende der CDU-Senioren-Union, Dr. Bernhard Worms. Seiner Anregung folgend, wurde auch am selben



Modell des geplanten Friedenszentrums

Janusz Marzalek, dessen Polnische Senioren Union (PUS) das Projekt leitet, ist in Europa unterwegs, um über das Projekt Oswiecim zu informieren, Spenden zu requirieren und mit den Unterstützern neue Kontakte zu knüpfen. Zum Kreis der Förderer gehört die Senioren-Union des Landes Brandenburg, die das inzwischen weltweit beachtete Vorhaben durch einen Vortrag des Projektleiters kennengelernt hat. Es sind noch ca. 300.000 Euro nötig, ehe die Details für die Baugenehmigung fertiggestellt sein werden. Das ist die wichtigste und schwierigste Phase dieses Friedensprojektes, das ein Kongress- und Seminarzentrum mit Ausstellungsräumen einschließt.

Opfern von Krieg und Gewalt gesehen und sind eine Mahnung für den Frieden. Herkunftsschilder sorgen bei den Besuchern für die Zuordnung oder auch Wiedererkennung. In der Regel ist die Übergabe mit einer sehr willkommenen Geldspende verbunden.

Initiatoren der Steinspenden aus Deutschland sind neben der Senioren-Union der Malteser Hilfsdienst e.V., verschiedene Lions- und Rotary-Clubs, Domstiftungen, katholische und evangelische Kirchengemeinden sowie Verbände. Die Liste reicht von den Domen zu Köln, Mainz oder auch Bamberg über das Freiburger Münster, die Universitätskirche St. Petri Magdeburg, die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche Berlin

Weitere Infos:

www.uniaseniorow.pl oder
www.peacemound.org

Spendenkonto in Deutschland:
Stadtkasse Frankenthal/Pfalz,
Konto: 55525 bei der Sparkasse
Rhein-Haardt; BLZ: 54651240;
oder: BIC: MALADE51DKH; IBAN:
DE53 5465 1240 0000 0555 25
Verwendungszweck: Spende für
Friedenszentrum – Peace Mound
Center Oswiecim / Auschwitz

Spendenquittungen werden auf
Wunsch von der Stadt Frankenthal/
Pfalz ausgestellt.

Mailadresse: [STV-Frankenthal@
poststelle.rlp.de](mailto:STV-Frankenthal@poststelle.rlp.de); Tel.: 06233-890;
Fax: 06233-89-400



Tag in Berlin der Beschluss zur Gründung der Polnischen Senioren Union gefasst. Im Herbst des laufenden Jahres und damit in zeitlicher Nähe zum Gedenktag anlässlich des Weltkriegsbeginns vor 100 Jahren wird ein Stein aus dem Dom zu Münster übergeben werden. Die Feierlichkeiten zum 750. Jahrestag der Domweihe sollen dafür den Rahmen bilden. Dass es dazu kommt, ist der Kreisvorsitzenden der Senioren-Union und kürzlich zur ESU-Vizeprä-

sidentin gewählten Dr. Gabriele Peus-Bispinck und Persönlichkeiten des Malteser Hilfsdienstes zu danken. Janusz Marszalek, Stadtpräsident (Oberbürgermeister) von Oswiecim 2002-2011 und seit November 2013 ebenfalls einer der ESU-Vizepräsidenten, wird bei dieser Gelegenheit in einem Vortrag vor der Senioren-Union über den Fortgang des Projektes informieren. ■

Ulrich Winz

ESU kurz notiert:

Die Brüsseler Erklärung der ESU vom Kongress im November 2013 mit dem Titel „Gemeinsam zu einer seniorenfreundlichen Gesellschaft“ stellt eine aktuelle Positionsbestimmung dar, die bei der Vorbereitung der Europawahlen dienlich sein kann. Der Wortlaut auf Deutsch kann vom Generalsekretariat (esu@epp.eu) bezogen werden.

Die Europäische Senioren Union hat sich ein **neues Logo** gegeben: Sonnenstrahlen ergießen sich über die drei Buchstaben des Akronyms ESU. Für die Sitzungen des Präsidiums und Verlautbarungen wurde Englisch als Arbeitssprache festgelegt. Bei Sitzungen des Exekutivkomitees, dem für die CDU-Senioren-Union Rolf Berend und Dr. Norbert Wiggershaus angehören, kann es in Abhängigkeit von den Kosten auch Übersetzungen, z.B. in die deutsche Sprache, geben. Der Newsletter „Senior International“ wird in Deutschland per E-Mail auch weiterhin auf Deutsch verbreitet. Anmeldungen zum kostenlosen Bezug sind beim Redakteur ulrich.winz@web.de möglich.



Die erste Regionalkonferenz 2014 findet vom 4. bis 6. April in Oswiecim und Krakow (PL) statt, die traditionelle Sommerakademie in Wien vom 14. bis 16. Juni.

Zwei Pioniere sind neunzig: Beide sind in Eberswalde (Brandenburg) zu Hause, beide sind Pioniere der Senioren-Union, beide sind 90: Ingrid Münchow-Bluhm beging ihr Jubiläum schon zu Weihnachten; bei Ulrich Braun ist es am 20. April so weit. Frau Münchow-Bluhm hat die erste (am 22.9.1990 gegründete) Senioren-Union der (Noch-)DDR fast 20 Jahre lang geleitet und war Stellv. Landesvorsitzende. Ulrich Braun war 1990 bis 1994 der (erste) Landesvorsitzende von Brandenburg und die ersten beiden Jahre auch Stellv. Bundesvorsitzender für die damals noch „Neuen Länder“. Seitdem ist er Ehrenmitglied des Bundesvorstandes und Ehrenvorsitzender des Landesverbandes Brandenburg. Im christlichen Glauben tief verwurzelt, ist den Jubilaren die Stärkung der Inneren Einheit Deutschlands Herzensanliegen. Beide wurden mit der Brandenburger „Ehrenurkunde für die Verdienste um die deutsche Einheit“ und mit der Konrad-Adenauer-Medaille des Bundesvorstandes ausgezeichnet; Ulrich Braun erhielt zudem das Bundesverdienstkreuz. „Souverän“ gratuliert.

KÖNIGSHOF KURHOTEL



Dem Frühling entgegen: in Bad Füssing, Deutschlands Urlaubsort Nummer 1!

Lassen Sie sich im azurblauen Wasser der Johannesbad Therme (13 Becken von 24 bis 37 °C) entspannt treiben! Im Hotel Königshof, im Herzen des Gesundheitsortes, sind Sie für Ihre Auszeit bestens untergebracht. Einfach herrlich...



Der Gesundheit Gutes tun

- 7 x Übernachtung im DZ
- 7 x Halbpension inkl. Tischgetränke
- 3 x Massage (20 Min.)
- 2 x Fango oder Wärmepackung
- 1 x Saunalandschaft Johannesbad Therme
- tgl. Eintritt Johannesbad Therme
- kostenfreie Parkplätze

~~539,00 €~~ **489,00 €**
bis 11.07.14

pro Person/Woche zzgl. Kurtaxe;
EZ-Aufschlag 100,00 €



Kostenlose Info & Buchung:

0800 734 2000

Johannesbad Hotels Bad Füssing GmbH
Johannesstr. 2 · 94072 Bad Füssing
+49 (0) 85 31 23 - 29 09
info@johannesbad-hotels.de
www.johannesbad-hotels.de



Senioren im Straßenverkehr:

„Das **Gegenteil** ist anzunehmen ...“

Sind ältere Menschen eine Problemgruppe im Straßenverkehr, verursachen sie mehr Unfälle als andere Altersgruppen? Die Senioren-Union NRW ist der Frage nachgegangen.

„Die heutige Generation der älteren Autofahrer verfügt über eine nahezu lebenslange Erfahrung am Steuer und zeichnet sich durch einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Fahrzeug aus“, lobt der ADAC. Dies führe dazu, dass Senioren (über 65 Jahre) lediglich in 13 Prozent aller Fälle Verursacher eines Unfalls mit Personenschaden seien. Bei einem Bevölkerungsanteil von knapp 20 Prozent lägen sie damit weit unter dem Schnitt anderer Altersgruppen, so der Automobilclub.

Doch nicht nur der zuletzt so arg in die Schlagzeilen geratene ADAC kommt zu diesem Schluss. Auch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

verfolgt die Unfallentwicklung bei älteren Kraftfahrern seit langem mit großer Aufmerksamkeit. „Die Zahlen der Unfallstatistik lassen derzeit nicht den Schluss zu, dass von älteren Autofahrern ein erhöhtes Unfallrisiko ausgeht, das Gegenteil ist anzunehmen“, heißt es in einem Antwortschreiben an Leonhard Kuckart, den Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Senioren-Union (SU) und Landesvorsitzenden NRW. Kuckart hatte Ministerium wie auch ADAC um eine dezidierte Stellungnahme zur Fahrtauglichkeit älterer Semester gebeten.

„Die Unfallbeteiligung älterer Kraftfahrer ist deutlich niedriger als die jüngerer Altersgruppen“, bilanziert das Ministerium und führt dies auch auf ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein in der Einschätzung der eigenen Fähigkeiten zurück. So vermieden Senioren oft Fahrten in Dämmerung oder Dunkelheit und führen häufig nur ihnen bekannte Strecken.

Von einer altersabhängigen Eignungsbeurteilung – wie sie immer wieder gefordert wird – oder gar einer Befristung der

Fahrerlaubnis halten weder Ministerium noch ADAC etwas. „Aus wissenschaftlicher wie auch ökonomischer Sicht würde die Einführung einer altersabhängigen Überprüfung aller Verkehrsteilnehmer weder einen Zugewinn an Verkehrssicherheit bewirken, noch würde dies den Mobilitätsbedürfnissen älterer Menschen gerecht werden“, urteilt das Verkehrsministerium. Und weiter: „Der hohe Aufwand, der für die Durchführung regelmäßiger Tests in Deutschland erbracht werden müsste, ließe sich andernorts effektiver für eine Zunahme der Verkehrssicherheit verwenden.“

Allerdings sehen die Ministerialen in den Hausärzten eine wichtige Institution „mit besonderer Verantwortung bei der Beratung der Senioren“. Aus diesem Grund habe die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) ein „Handbuch zur Verkehrssicherheitsberatung älterer Verkehrsteilnehmer durch Ärzte“ erstellt sowie ein Prüf- und Untersuchungsverfahren entwickelt, mit dem verkehrssicherheitsrelevante Einschränkungen ermittelt werden können.

In der Praxis weichen die Senioren einer Überprüfung ihrer Fähigkeiten keineswegs aus. Drei Viertel der Autofahrer über 65 Jahre lassen sich regelmäßig freiwillig auf ihre Fahrtüchtigkeit untersuchen. Darauf wies kürzlich der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, auf der Basis einer Repräsentativ-Umfrage des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR) zum Mobilitätsverhalten älterer Verkehrsteilnehmer hin. Danach haben sich rund 75 Prozent von 1002 befragten Autofahrern in der Altersgruppe ab 65 Jahre in den letzten zwölf Monaten durch den Hausarzt untersuchen sowie einen Sehtest beim Augenarzt oder Optiker durchführen lassen. Laut DVR-Erhebung wären zudem zwei Drittel der Senioren bereit, das Auto stehenzulassen, wenn der Arzt dazu raten sollte.

SU-Chef Wulff kommentierte: „Diese Zahlen belegen eindrucksvoll das Verantwortungsbewusstsein älterer Autofahrer im Hinblick auf die Einschätzung der eigenen Fähigkeiten. Die regelmäßig wie das Ungeheuer von Loch Ness wiederkehrende Diskussion über Zwangstests wird damit ein weiteres Mal ad absurdum geführt.“

Allerdings: Senioren sind als Fußgänger oder Radfahrer besonders gefährdet, hier liegt der Anteil der Getöteten bei Unfällen innerhalb beider Gruppen bei knapp über 50 Prozent. Jeder zweite im Straßenverkehr getötete Fußgänger oder Radfahrer war also älter als 65 Jahre. Hier scheint Nachdenken angesagt ... ■

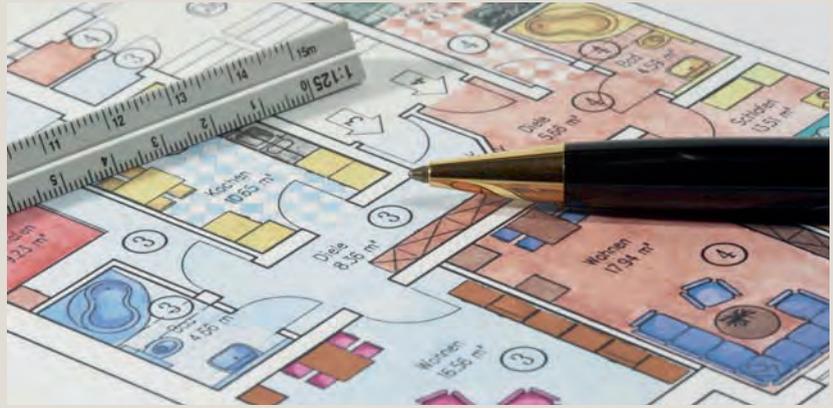
Info-Broschüre

Älter werden. Sicher fahren.

Diese mit vielen Tipps und Hinweisen bestückte Broschüre kann mit Angabe der Artikelnummer 2831602 und gegen eine Schutzgebühr von 0,15 € (für ADAC-Mitglieder kostenlos) direkt beim ADAC e.V., HansasträÙe 19, 80686 München, Fax: (089) 7676-4567, E-Mail: verkehr.team@adac.de, bezogen werden. Im Internet steht sie kostenfrei zum Download bereit unter: www.adac.de/ratgeber-verkehr

Förderprogramme:

„Altersgerechtes Umbauen“



Die jetzt aus dem Bundesbauministerium bekannt gewordene Absicht, das bislang ausgesetzte KfW-Förderprogramm ‚Altersgerechtes Umbauen‘ wieder aufzunehmen, stößt bei den Senioren in der CDU auf breite Zustimmung.

Es gehe damit eine immer wieder gestellte Forderung der Senioren-Union in Erfüllung, erklärt Prof. Dr. Otto Wulff, Bundesvorsitzender der mit rd. 54000 Mitgliedern zweitstärksten Vereinigung der CDU und verweist auf entsprechende programmatische Aussagen der CDU-Senioren.

„Wir haben wiederholt auf den großen Bedarf an altersgerechten Wohnungen hingewiesen und ein konsequentes Umdenken in der Wohnungsbaupolitik angemahnt“, betont Wulff. Auch die im Koalitionsvertrag vereinbarte Mietpreislösung bei Wiedervermietungen werde für Rentnerinnen und Rentner Entlastungen bringen, damit Wohnen nicht zum unbezahlbaren Luxus wird.

„Am Ende wollen wir erreichen, dass ältere Menschen auf Wunsch so lange wie möglich in ihren vertrauten vier Wänden und in der gewohnten Umgebung leben können“, beschreibt Wulff die Zielsetzung der Senioren-Union.

Angesichts beängstigend steigender Energiepreise schlägt die Senioren-Union zusätzlich vor, den altersgerechten Umbau von Wohnraum so weit irgend möglich mit energetischen Gebäudesanierungsmaßnahmen zu verbinden, um so auch die Energiekosten in bezahlbarem Rahmen zu halten. ■

SUPER PREIS!

**BILLIGE KUR
IN KOLBERG!**

Einsteigen, austeigen
und die Kur genießen!
Schon ab **429** Euro!

**ABHOLUNG VON
ZU HAUSE GRATIS!**

**PROSPEKTE +
DVD GRATIS!**

TEL. 0048-943555126

www.kurhotelawangardia.de



Chronischer Schmerz:

Hilft eine interdisziplinäre Therapie?

Chronische Schmerzen nehmen den Betroffenen einen Großteil ihrer Lebensqualität. Immer häufiger erweisen sich sogenannte multimodale Therapiekonzepte als probates Gegenmittel. Doch ihre Umsetzung ist aufwändig.

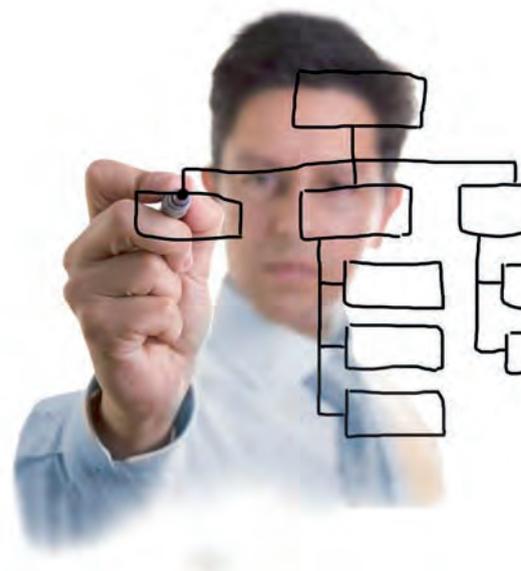
Bei Schmerzen spielen auch psychologische Faktoren eine bedeutende Rolle, gelegentlich stehen sie sogar im Vordergrund. Oftmals sind Schmerzen zwar ursprünglich auf einen körperlichen Prozess zurückzuführen, jedoch kann dieser abgelöst werden durch psychologische Faktoren wie die Bewältigung der Schmerzen und den Umgang mit Schmerz und Beeinträchtigung. Schmerz ist ein Erlebensphänomen – ein komplizierter Vorgang, der u.a. von Wahrnehmung, Bewertung und der aktuellen Gefühlslage abhängig ist. Eine weitere Rolle spielen persönliche Eigenarten, wie z.B. überhöhte Ansprüche an die eigene Funktionsfähigkeit, die immer wieder zu Überforderungen führt. Oftmals führen Schmerzen dann, wenn sie gemeinsam mit psychosozialen Faktoren (Stress am Arbeitsplatz oder in der Familie/Partnerschaft, Ängste, Verunsicherungen) auftre-

ten, quasi in einer Endstrecke zum chronischen Schmerz. Eine schwierige wirtschaftliche Situation, die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes, die geringe Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen, „Mobbing“ im Kollegenkreis, generell Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen und der ständig zunehmende Druck in unserer Gesellschaft erhöhen das Risiko für das Auftreten von Stressbelastungen und die Chronifizierung von Schmerzen stark.

Wenn man derartige Zusammenhänge akzeptiert, dann ist es eine naheliegende Schlussfolgerung, dass eine sog. monomodale Behandlung (die Tablette, die Spritze, die Operation) allein nicht helfen kann. Eine Lösung sind sog. multimodale Behandlungsprogramme, die in der Schmerzbehandlung seit einigen Jahren eine wichtige Neuerung des therapeutischen Spektrums darstellen. Das Vorgehen entstammt ursprünglich der Behandlung von Rückenschmerzen nach dem sog. Functional-restoration-Ansatz. Dieses Konzept beinhaltet eine Neuausrichtung des Therapieziels, wobei die Wiederherstellung der körperlichen, seelischen und sozialen Funktionsfähigkeit im Vordergrund steht. Es handelt sich um ein interdisziplinär organisiertes Konzept, dem sich verschiedene Bausteine gezielt, in einer bestimmten Kombination und einer entsprechenden Vorgehensweise unterordnen. In die Be-

handlung sind sporttherapeutische, ergotherapeutische, physiotherapeutische und psychotherapeutische Interventionen integriert, dabei beziehen sich die Inhalte unmittelbar und eng abgestimmt aufeinander. Diese Inhalte sind betont aktiv akzentuiert, passive Maßnahmen haben eher keinen Platz, bzw. sie sind sogar eher kontraindiziert. Die gesamte Behandlung orientiert sich stark an bewährten psychologischen Konzepten, d.h., das individuelle Denken, Fühlen und Verhalten der Betroffenen (z.B. ihre Reaktion auf Belastungen, ihr Verhalten im Alltag, ihr Umgang mit Schmerz) finden eine erhebliche Berücksichtigung. Die Therapiebausteine umfassen:

- Eine intensive Information und Schulung auf Basis eines biopsychosozialen Krankheitsmodells mit Bezug zur individuellen Problematik.
- Eine konsequente Steigerung der körperlichen Aktivität mit Motivierungs- und Beratungselementen für Alltagsaktivitäten, adaptiert am individuellen Leistungsgrad und orientiert an verhaltenstherapeutischen Prinzipien (z.B. Quotensetzung im Training).
- Die Verbesserung der Fähigkeiten zur Wahrnehmung von Körpersignalen, zur Vermeidung von Überforderung und zum Aufbau von Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit.



■ Psychotherapeutische Maßnahmen zur Veränderung eines auf Schonung oder Durchhalten ausgerichteten Krankheitsverhaltens, zur Stärkung von eigenen Ressourcen im Umgang mit Schmerz/Beeinträchtigung sowie dem Erlernen von Entspannungs- und Stressbewältigungstechniken.

■ Das Training von Alltags- und Arbeitsbewegungen.

Wichtig ist auch die gezielte Information der Patienten über ihre Schmerzkrankheit, d.h. die Vermittlung von Kenntnissen über Funktionsweise und Anatomie des Körpers, über Hintergründe chronischer Schmerzen sowie über Zusammenhänge mit psychosozialen Faktoren. Erst wenn Patienten die Bedeutung dieser Faktoren für sich und die Aufrechterhaltung der Schmerzen erkannt haben, kann an ihrer Veränderung gearbeitet werden.

Das Therapiekonzept ist durch den möglichst unmittelbaren Bezug zur Lebensumgebung des Patienten gekennzeichnet. Dies gelingt einerseits durch ein teilstationäres Setting, das dem Patienten täglich die Rückkehr in sein häusliches Umfeld gestattet und so Übertragungseffekte in den Alltag erleichtert, aber auch durch die Kooperation der Akteure der verschiedenen Versorgungssektoren untereinander, etwa durch Einbezug von Betriebsärzten,

aber auch von Krankenkassen, Medizinischen Diensten, Rentenversicherungsträgern, Berufsgenossenschaften, Arbeitgebern und Arbeitsagenturen.

Zusammenfassend unterstützt die Behandlung Betroffene darin, den individuell erreichbaren physischen und psychischen Gesundheitszustand wiederzuerlangen und sich diesen langfristig über eine anhaltende Verhaltensänderung zu erhalten. Vom Patienten werden dafür eine intensive Mitarbeit verlangt sowie die Bereitschaft, eigenes Verhalten und althergebrachte Ansichten zu überprüfen, sie ggf. zu verändern und diese Veränderung auch langfristig in den Alltag zu überführen.

Die Strukturmerkmale dieser Behandlungsform bestehen vor allem in integrativen interdisziplinären Teamstrukturen mit flachen Hierarchien, fachübergreifend übereinstimmenden Krankheitsmodellen und Zielsetzungen sowie einem regelmäßigen und intensiven Informationsaustausch zwischen den Therapeuten mit fortlaufender Absprache bzgl. des Vorgehens in täglichen Teamsitzungen. Multimodale Therapie ist aufwändig in der Umsetzung. Sie verlangt spezialisierte Kenntnisse und Fähigkeiten von allen Therapeuten. Denn:

Multimodal ist vor allem eine therapeutische Haltung!

Diese Behandlungsform hat sich in der na-

tionalen wie in der internationalen Literatur auch hinsichtlich sozioökonomischer Faktoren (zum Beispiel Rückkehrate in den Arbeitsprozess) als erfolgreich erwiesen. In der Schmerzambulanz der Universitätsmedizin Göttingen wird ein solches multimodales Behandlungsprogramm seit mehr als 20 Jahren erfolgreich eingesetzt. Die hier erreichten positiven Ergebnisse wurden inzwischen übereinstimmend auch in anderen schmerztherapeutischen Einrichtungen Deutschlands nachvollzogen.

Leider werden unter multimodaler Therapie noch ganz unterschiedliche, z.T. auch unzureichende oder sogar falsche Vorgehensweisen verstanden. Seitens der Deutschen Schmerzgesellschaft liegt eine genaue Definition der Vorgehensweise vor, und alle beteiligten Therapeuten können in entsprechenden Curricula für die Durchführung dieser speziellen Behandlungsform geschult werden. ■

Der Autor:

Prof. Dipl.-Psych. Dr. Michael Pfingsten ist Ltd. Psychologe der Schmerztagesklinik und -Ambulanz am Zentrum Anästhesiologie, Rettungs- und Intensivmedizin der Universität Göttingen.



Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns:

**Senioren-Union der CDU Deutschlands
Leserbriefe
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Unsere Enkelgeneration Zur Souverän 4-2013, S. 16 ff.

Hallo, Souverän, die Enkelgeneration kann nur so gut oder so schlecht sein, wie wir Alten es ihr zeigen. In meinem Umfeld ist diese Generation zu 90 Prozent hilfsbereit und okay.

Eh. Ahlers, 21272 Sahrendorf

Der Meinung von Herrn Horx kann ich aus den folgenden Gründen nicht zustimmen: Unerwähnt in seinen Betrachtungen bleiben diejenigen unserer Enkel, die nicht „ihr Adrenalin in Computerspielen verströmen“, sondern in der Vorbereitung – sprich Lernen – und dem Ablegen von Prüfungen, sei es im Handwerk, an Fachschulen oder Universitäten. Diese Jugendlichen haben rechtzeitig erkannt, dass sie nicht als „Randalierer“ oder „Durchwurstler“, sondern nur als gestandene Männer und Frauen – Handwerker, Lehrer, Richter, Ärzte usw. – neben ihrer beruflichen Kompetenz auch Anerkennung und Gehör in gesellschaftlichen und politischen Fragen erreichen können. Herr Horx sollte diese große Gruppe und ihre Bedeutung für das Funktionieren einer Gesellschaft im „globalisierten Kapitalismus“ weder vergessen noch als Relikte einer „alten Welt“ abtun.

Inge Köttgen, 59063 Hamm

Ich habe mich sehr gefreut, dass Sie das neueste Buch von Josef Kraus – „Helikopter-Eltern“ – vorgestellt haben. Ich habe schon mehrere Bücher (z.B. Pisaschwindel. Spaßpädagogik) von ihm mit Zustimmung gelesen. Leider hat ihn die CDU nur einmal in die Mannschaft für Hessen aufgenommen, ihm dann aber kein Amt als

Kultusminister gegeben. Ich würde es als langjähriger Berufsschullehrer i.R. begrüßen, wenn sie sich bei dem Streben der Eltern, ihrem Kind einen akademischen Abschluss und „weiße-Kragen-Arbeit“ zu beschaffen, für die duale Ausbildung einzusetzen, die uns in Deutschland die Jugendarbeitslosigkeit anderer Industriestaaten erspart hat. Bei meinen eigenen vier Kindern habe ich das Vorschalten einer dualen Ausbildung vor einer Karriere als erfolgreich gespürt. Mein Sohn ist erst nach 20-jähriger Arbeit bei einer Bank mit 43 Jahren gerade in den Bundestag eingezogen.

Georg K. Schmelzle, 26506 Norden/Ostfriesland

Mich verwundert, dass auch in der Souverän immer wieder deutsche Begriffe durch englische ersetzt werden. Man könnte fast glauben, wir schämten uns unserer Muttersprache. Wie soll die Überschrift „Unserer heutigen Jugend fehlt der Drive“ eigentlich verstanden werden? Andere Beiträge sind auch nicht ganz frei von Anglizismen ...

Alfred Kruggel, 04720 Döbeln

Auf Seite 16 ist ein Beitrag abgedruckt mit der Überschrift: „Unserer heutigen Jugend fehlt der Drive.“ Obwohl ich 1958 das Abitur in Riedlingen im altsprachlich-neusprachlichen Zug (Latein, Französisch, Englisch) gemacht habe, musste ich in meinem „Wörterbuch überflüssiger Anglizismen“ nachschauen. Dort stehen u.a. für Drive „Antrieb, Drang, Elan, Schwung, Vorwärtsdrang“. Es hätte also für „Drive“ genügend deutsche Wörter gegeben. Ich hätte „Schwung“ geschrieben.

Jürgen Bäurle, 88499 Riedlingen

Anm. der Red.: Genau diesen Begriff haben wir im Titel auch gewählt, weil wir um die Sensibilität des Themas Anglizismen in Souverän wissen. Andererseits wollen wir unseren Gastautoren weitestgehend ihren Schreibstil und ihre Ausdrucksweise belassen, weil das ja auch etwas mit Authentizität zu tun hat. In diesem Sinn geben wir uns immer wieder auf eine Gratwanderung, deren Ergebnis vielleicht nicht immer alle Leser zufriedenstellt. Wir bitten dafür um Verständnis.

Als ich noch bei einem Großunternehmen in Stuttgart in Arbeit und Brot stand, musste ich in unserem Bereich auch die Azubis betreuen. Dabei erlebte ich, dass die Min-

derheit tatsächlich an einer soliden Ausbildung interessiert war, der wesentlich größere Teil der Jugendlichen eine Lehre aber nur als eine lästige, eigentlich überflüssige Pflicht ansah. ...

Bei einem Urlaub in Norddeutschland wohnte auch eine ältere Dame mit ihrem Enkel (ca. 8-10 Jahre alt) im selben Hotel. Am ersten Tag begann er am Frühstückstisch schon Streit mit seiner Oma. Sie wollte ihm etwas vom Büfett holen, was er strikt ablehnte. Dann brachte er seinen Teller zurück, hoch beladen mit fast einem Kilo Wurst. Auf den Hinweis seiner Oma, er könne dies doch gar nicht essen, und man könne es auch nicht zurücklegen, antwortete er frech: „Dann sollen sie es doch wegschmeißen!“ ...

Natürlich habe ich mit Jugendlichen auch Positives erlebt. Als ich mit dem Auto wegfahren wollte, riefen mir zwei junge Farbigen nach. Als ich anhielt, gaben sie mir meine kleine Aktentasche, die ich aufs Autodach gelegt und vergessen hatte. Sie hätten sie behalten können, ich hätte den Verlust erst viel später bemerkt. ...

Schon diese Beispiele zeigen, dass man nicht generell sagen kann, die Jugend sei schlecht. Sie ist nur anders! Durch das Fernsehen wird schon in jungen Jahren ein Wissensstand erreicht, von dem alte Semester wie ich nur träumen konnten. Sicher hocken viele stundenlang vor der Glotze, sind an nichts interessiert, rauchen schon mit zehn Jahren und machen beim Komasaufen mit. M.E. ist das aber nicht die Mehrheit. ...

Fred Bannwarth, 66693 Mettlach

Elbe

**Seniorenwohnungen
„Bellevue“**

Im Kurgebiet **Hitzacker (Elbe)**
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.
Betreuung möglich.
Alten- u. Pflegeheim gegenüber.

**Gratisprospekt:
Tel. (05862) 97550
www.peter-schneeberg.de**

Professor-Wohlmann-Straße

Buchtipps:

Wir sind zu unserem Glück vereint

Europäische Zeitgeschichte von innen: Hans-Gert Pöttering (*1945) ist der einzige Abgeordnete, der seit der ersten Direktwahl im Jahr 1979 ununterbrochen dem



Europäischen Parlament angehört. In führenden Positionen, etwa als Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei und als Parlamentspräsident, hat er die Entwicklung des obersten europäischen Gesetzgebungsorgans und der Europäischen Union insgesamt be-

gleitet und mitgestaltet. In seiner Autobiografie erinnert der im niedersächsischen Bersenbrück aufgewachsene Politiker an die Anfänge der parlamentarischen Arbeit und an die Überwindung ausweglos erscheinender Krisen. Er schildert die Reaktionen der europäischen Abgeordneten auf den Zusammenbruch des Kommunismus und die Wiedervereinigung Deutschlands

– Ereignisse, die die Rahmenbedingungen der europäischen Politik tiefgreifend veränderten. Der Spitzenpolitiker wirkte mit bei den Erweiterungen der Europäischen Union sowie bei der Weiterentwicklung der europäischen Institutionen durch die Vertragswerke von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon. Pötterings Weg in der Europapolitik und sein Blick auf die europäischen Zusammenhänge spiegeln seine Zuversicht wider, die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen bewältigen zu können.

Dr. Hans-Gert Pöttering: Wir sind zum Glück vereint – mein europäischer Weg, Böhlau-Verlag, Wien, Köln, Weimar 2014, ISBN 978-3-412-22262-8, ca. 512 Seiten, € 29,90

Leben ist anders

Ihr Leben ist ihre Botschaft. Ruth Pfau lebt seit 53 Jahren unter Muslimen in Pakistan. Heute in Karachi, der gefährlichsten Stadt der Welt. In einem Klima von Gewalt und Terror spricht die Trägerin der Goldmedaille des Albert-Schweitzer-Preises davon, was Sinn macht – trotz allem. Und wofür sich der Einsatz lohnt, nicht nur in ihrem, sondern in jedem Leben. Die Pakistanis nen-

nen die Nonne und Ärztin aus Deutschland, die die Lepra in ihrem Land besiegt hat, „unsere Mutter Teresa“. Heute ist sie 85. Was heißt hier: Alter? Sie fängt noch einmal neu an und kümmert sich um Behinderte. Ohne Angst vor Drohungen. Was trägt ein solches Leben – über Abgründe hinweg und durch ein halbes Jahrhundert? Ihre Botschaft: „Leben ist anders, als man uns glauben macht: Leiden gehört zum Leben. Sich dem zu stellen ist der Weg zu einem tieferen Glück.“ Ruth Pfau's Themen sind die Zukunftsthemen unserer Welt. Unsere Welt kann besser werden und unser Leben reicher, wenn wir auf diese außergewöhnliche Frau hören. Rupert Neudeck, Gründer des Not-Ärzte-Komitees Cap Anamur, sagt über Ruth Pfau: „Sie ist meine Heldin in der Wirklichkeit, es gibt kaum eine größere.“

Ruth Pfau: Leben ist anders – Lohnt es sich? Und wofür? – Bilanz eines abenteuerlichen Lebens, Hrsg.: Rudolf Walter, Freiburg 2014, ISBN 978-3-451-33289-0, ca. 240 Seiten, € 18,99



Initiativen

Warum der 18. März nationaler Gedenktag werden sollte

2014 ist besonders für unser Land das Jahr der „Kriegsgedenktage“. 1914, vor 100 Jahren, begann der 1. Weltkrieg, vor 75 Jahren brach Hitler brutal den 2. Weltkrieg los. Erinnerung daran ist notwendig, ständige Mahnung muss sein. Doch die Geschichte unseres Landes ist in den vergangenen zwei Jahrhunderten nicht nur durch Kriege und Konflikte gekennzeichnet. Vergessen wir nicht unsere Freiheits- und Einheitsgeschichte. Es gibt ein in diesem Sinne würdiges Datum, unabhängig vom 17. Juni 1953, dem Volksaufstand in der DDR. Der 18. März ist ein naheliegender Nationalfeiertag. Er erinnert machtvoll an die erste demokratische Revolution 1848 in Deutschland, und zugleich fanden am 18. März 1989 die ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR statt, zweimal Bekenntnisse zu Bürger- und Menschenrechten. Vor genau 166 Jahren wehrten bürgerliche Revolutionäre auf den Berliner Barrikaden den Ansturm

der preußischen Armee ab. Erstmals tagte 1848 in der Frankfurter Paulskirche ein deutsches Parlament. Dort wurde das Wort „Grundrechte“ geboren und gefüllt mit Festlegungen, die immer noch für unsere Republik gelten und auch Eingang in unsere Verfassung gefunden haben. Die Unverletzbarkeit der Person, die Meinungs- und Pressefreiheit, das Recht auf Eigentum, das Briefgeheimnis und die Versammlungsfreiheit wurden erstmals propagiert. Auch die Weimarer Verfassung übernahm das Kernstück des großen Werkes der Paulskirche-Parlamentarier. Frankfurt 1848/49 wurde der Ausgangspunkt der Parteienbildung in Deutschland. Zugleich hatte die Mehrheit der Parlamentarier eine Friedensordnung vor Augen, die über eine nationale Sicht hinausging und in einer freiheitlichen Verfassung aller europäischen Länder wurzelte. Die Souveränität der Bürger gegen jede Art von Diktatur der Herrschenden verband die verantwort-

tungsbereiten Paulskirche-Demokraten. Dieses Fundament unseres freiheitlichen Rechtsstaates sollten wir durch einen nationalen Gedenktag am 18. März würdigen. Die Zukunft unserer Demokratie allein am wirtschaftlichen Wohlstand auszurichten ist waghalsig und voller Risiko. Bereits bei der ersten großen Finanz- oder Wirtschaftskrise würde aus einer Politikdistanz eine Demokratieverdrossenheit werden. Nationale Identität an der Freiheitsgeschichte unseres Landes auszurichten sollte unser Ziel sein.

Wolfgang Börnsen (Bönstrup), MdB a. D., ehem. Sprecher für Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Landesvorsitzender der Senioren-Union in Schleswig-Holstein



WIEN erleben - im sonnigen BADEN wohnen!



Badespaß im Sandstrand-Thermalbad

Winzer-Heuriger

Wien erleben

Theater & Musicals

SCHLOSSHOTEL OTH

Wien erleben - in Baden wohnen

Beim Badener Sandstrand-Thermalfreibad, prächtigem Rosenpark & Wien-City-Bus
A-2500 Baden bei Wien, Schlossgasse 23, Tel: 0043 / 2252 / 44 436, Fax 44 900



Freuen Sie sich doch auf SCHLOSSHOTEL OTH in BADEN BEI WIEN- Ihrem idealen Ausgangspunkt für Theater, Konzerte, für schöne Ausflüge zu den berühmten Sehenswürdigkeiten im Wienerwald, Mayerling, Gumpoldskirchen, zum Schloß Schönbrunn, mit dem Donauschiff durch die Wachau, ins Burgenland zum Neusiedler See, in die Alpen, nach Bratislava, Ungarn, Budapest, etc.

Ideal auch für Ihre besondere WIEN-REISE mit Freunden!

Zentral und ruhig im Badener Villenviertel gelegen, nächst einem der prächtigsten Rosenparks Europas mit über 30.000 Rosen und beim imposanten SANDSTRAND-THERMALBAD (täglich freier Eintritt für unsere Gäste!), sowie gemütlich zu Fuß zum Winzer-Heurigen.

Mit dem TAG- und NACHT-EXPRESS-BUS geht´s bequem direkt ab Hotel nach WIEN-Zentrum/Altstadt/Fußgängerzone/Staatsoper und zur Wiener U-Bahn.

SOUVERÄN - Sonderpreis:

Im Doppelzimmer + Balkon, etc, pro Person:

7 NÄCHTE

inkl. Frühstück
bis 11 Uhr

€398,-

Einzelzimmerzuschlag 100,-

**Gleich
Infos
anfordern!**

**Verlangen Sie doch unverbindlich unseren
Hotelprospekt und weitere günstige Angebote!**
Einfach anrufen unter Tel: 0043 / 2252 / 44 436
oder per E-Mail an: hotel@oth.info

